

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags. Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16,00 M., im voraus zahlbar, von der Spedition selbst abgeholt 8,50 M. für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Delantauschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,00 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 523-36 und 9768.

Die achtgeheften Monatshefte oder deren Raum kostet 1.- M., einschließlich Lesungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Lesungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellenanzeigen 1,20 M. netto pro Zeile. Stellenangebote in Wortanzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 523-36, Buchhandlung Zentrum 2645 „Freiheit“-Buchdruckerei Zentrum 2020.

FREIHEIT

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das rote Groß-Berlin.

Die Unabhängigen Sozialdemokraten stellen die stärkste Fraktion im Rathaus.

Der Ansturm der bürgerlichen Parteien gegen eine sozialistische Mehrheit im künftigen Groß-Berlin ist gescheitert. Alle die Anstrengungen, das Profitinteresse großer und kleiner Interessengruppen im neuen Berlin maßgebend sein zu lassen, sind von der erwerbstätigen Bevölkerung mit Entschiedenheit zurückgewiesen worden. Das neue Berlin wird unter sozialistischer Leitung stehen.

Das bisher vorliegende Endergebnis ist das folgende. Insgesamt wurden abgegeben: 1 581 452 Stimmen. Diese verteilen sich wie folgt:

Unabhängige Sozialdemokratische Partei	611 614	Stimmen
Sozialdemokratische Partei	272 058	"
Deutsche Volkspartei	282 128	"
Demokratische Partei	113 143	"
Deutschnationale Partei	178 012	"
Zentrum	59 823	"
Wirtschaftliche Vereinigung	65 511	"
Sonstige	7 088	"

Es erhalten Mandate:

Unabhängige Sozialdemokratische Partei	88	Mandate
Sozialdemokratische Partei	38	"
Deutsche Volkspartei	40	"
Demokratische Partei	16	"
Deutschnationale Partei	25	"
Zentrum	8	"
Wirtschaftliche Vereinigung	9	"

Den beiden sozialistischen Fraktionen mit 126 Mandaten stehen 99 Mandate aller bürgerlichen Parteien gegenüber. Die Unabhängige Sozialdemokratie marschiert mit 88 Mandaten an der Spitze; sie ist die stärkste Fraktion im neuen Groß-Berlin. Sie ist die Partei, die in Groß-Berlin das Vertrauen der breiten Volksschichten hinter sich hat. Und wie ist gegen unsere Partei gearbeitet worden? Die „Deutsche Zeitung“ meinte: „Ein uneingeschränktes sozialistisches Regiment in Berlin bedeutet den Tod Berlins als Reichshauptstadt.“ In ähnlicher Weise beschworen alle anderen bürgerlichen Blätter die Wähler. In den Vorortzeitungen wurden unserer Partei alle möglichen Schandtatzen angehängt. Flugblätter mit niedrigsten Anwürfen wurden gegen uns verbreitet, um uns die Wähler abwendig zu machen. Das Blatt der Rechtssozialisten, der „Vorwärts“, blieb nicht zurück. Noch in seinem Wahlauftrag am Sonnabendabend schrieb er:

„Die Unabhängigen wissen, daß sie mit dem 6. Juni ihren Höhepunkt überschritten haben. Sie wissen, daß ihre formelle Ablehnung gemeinsamer positiver Arbeit im Reich Tausenden und Übertausenden die Augen geöffnet hat. Sie machen die größten Anstrengungen, um durch eine streupelose Agitation die ihnen entstandene Einbuße wieder wett zu machen.“

Nun ist alles anders gekommen. Die Wähler blieben „undernünftig“ und gaben wiederum unserer Partei ihre Stimmen. Das bedeutet ein neues Vertrauensvotum. Wer lernen will, kann aus dieser Wahl lernen. Sie zeigt, daß der sozialistische Gedanke marschiert und daß eine zielfähige Politik immer die richtige ist. Wir werden auch in Zukunft uns durch keine Heulmeierei in unserer grundsätzlichen Auffassung irren machen lassen.

Nicht nur in der neuen Berliner Stadtverordnetenversammlung wird die Unabhängige Partei führend sein. Auch in zahlreichen Verwaltungsbezirken sind die Unabhängigen teils allein, teils mit den Rechtssozialisten zusammen in der Mehrheit. Im 3., 5., 10. und 14. Bezirk verfügen die Unabhängigen allein über die Mehrheit. Im 4., 6., 8., 12., 13. und 15. Bezirk ist eine Mehrheit der Unabhängigen und Rechtssozialisten gesichert.

Die Aufgaben, die uns im neuen Berlin erwachsen, sind außerordentlich groß. Wir kommen in eine Stadtgemeinde, die durch die Raubpolitik der bürgerlichen Klassen verwüstet worden ist. Schwierigkeiten über Schwierigkeiten werden uns im Wege stehen. Mit den kapitalistischen Kreisen werden wir beständige Kämpfe zu bestehen haben, wenn wir das Allgemeininteresse zu ihren Profitinteressen in Gegensatz setzen. Aber wir wären klüger, wenn wir uns durch Schwierigkeiten bein-

dern ließen, den Weg zu gehen, den wir im Interesse des Proletariats gehen müssen. Wir wissen, daß wir in der Gemeinde unser Endziel nicht verwirklichen können. Der Kampf darum wird in den großen sozialen Kämpfen ausgefochten außerhalb der Parlamente. Das hindert uns aber nicht, Gegenwarts- und Zukunftsarbeit zugleich auch heute schon in der Gemeinde zu treiben. Der Erfolg dieser Arbeit wird abhängig sein von dem Grade, wie die Rechtssozialisten ihre Politik in der Gemeinde einrichten. Der „Vorwärts“ spricht davon, daß Sozialdemokraten und Unabhängige trotz aller Meinungskämpfe ein gemeinsames Interesse daran haben, daß sich die Anwendung sozialistischer Grundsätze auf die Kommunalpolitik für die große Masse der Bevölkerung als lehrreich erweise. Auf die Schultern der beiden sozialistischen Fraktionen sei eine große Verantwortung gesetzt, weil sie nur gemeinsam imstande sein würden, ihren Willen durchzusetzen. Uns ist es nur um die Sache zu tun. Wenn die Rechtssozialisten mit uns gemeinsam in der Gemeinde vom sozialistischen Geist beherrschte Politik treiben wollen, so werden wir sie nicht zurückweisen. Bisher haben sie vielfach das Gegenteil getan. Wenn hierin in Zukunft eine Aenderung eintreten sollte, so würde im neuen Groß-Berlin wirkliche sozialistische Arbeit getrieben werden können. Schwere Verantwortung ruht deshalb auf den Rechtssozialisten, damit die Arbeitseinde trotz des Wahlausfalles nicht triumphieren.

Wir gehen in das neue Groß-Berlin hinein mit dem festen Entschluß, auch durch die Klein- und Gegenwartarbeit dem Sozialismus Schritt für Schritt die Wege zu ebnen und unserem großen Endziele vorzuarbeiten.

Die Mandatverteilung in den Berliner Wahlkreisen.

- I. Wahlkreis: Berlin-Mitte.
 - U. S. P. 16 Mandate, S. P. D. 7, Wirtschaftl. Bgg. 2, Demokraten 3, Zentrum 2, D. Sp. 8, Deutschnatl. 7 Mandate.
- II. Wahlkreis: Berlin-Tiergarten.
 - U. S. P. 15 Mandate, S. P. D. 6, Wirtschaftl. Bgg. 2, Demokraten 4, Zentrum 2, D. Sp. 9, Deutschn. 7 Mandate.
- III. Wahlkreis: Wedding.
 - U. S. P. 26 Mandate, S. P. D. 7, Wirtschaftl. Bgg. 1, Demokraten 2, Zentrum 1, D. Sp. 5, Deutschn. 3 Mandate.
- IV. Wahlkreis: Prenzlauer Tor.
 - U. S. P. 20 Mandate, S. P. D. 8, Wirtschaftl. Bgg. 2, Demokraten 3, Zentrum 1, D. Sp. 6, Deutschn. 5 Mandate.
- V. Wahlkreis: Friedrichshain.
 - U. S. P. 23 Mandate, S. P. D. 8, Wirtschaftl. Bgg. 1, Demokraten 2, Zentrum 2, D. Sp. 5, Deutschn. 4 Mandate.
- VI. Wahlkreis: Hallesches Tor.
 - U. S. P. 16 Mandate, S. P. D. 9, Wirtschaftl. Bgg. 2, Demokraten 3, Zentrum 2, D. Sp. 8, Deutschn. 5 Mandate.

Wir geben noch folgende Teilergebnisse bekannt:

- X. Wahlkreis: Steglitz usw.
 - Tempelhof: U. S. P. 3747 (5337), S. P. D. 3056 (3049), Dem. 1629 (2393), D. Sp. 4277 (5423), Dtn. 1493 (1901), Jtr. 585 (691).
 - Mariensfeld: U. S. P. 496 (658), S. P. D. 231 (315), Dem. 135 (189), D. Sp. 279 (381), Dtn. 193 (229), Jtr. 351 (423).
- XV. Wahlkreis: Weissensee usw.
 - Friedrichshagen: U. S. P. D. 2408, S. P. D. (658), Bürgerblock 3648, Jtr. 372.
 - Rahnsdorf: U. S. P. 282 (263), S. P. D. 227 (166), Bürgerblock 633 (382).
 - Schmöckwitz: U. S. P. 39, (S. P. D. 111, Bürgerblock 253).
 - Rüggelsheim: U. S. P. 1, S. P. D. 16, Dem. 3, Bürgerblock 62.

Wittenau. In Wittenau wurden für die U. S. P. bei den Wahlen zur Stadtgemeinde nicht 111, sondern 1111 Stimmen abgegeben.

Ministerium Fehrenbach.

Der bisherige Präsident der Nationalversammlung Fehrenbach ist von Herrn Ebert zum Reichskanzler ernannt und mit der Bildung des Kabinetts betraut worden. Das bedeutet, daß die Schwierigkeiten, die in den letzten Tagen einer Ueberbrückung der Gegensätze zwischen Deutscher Volkspartei und Demokratischer Partei noch im Wege standen, beseitigt worden sind. Die streitenden Brüder haben sich, wie das von Anfang an als selbstverständlich anzusehen war, nach dem durch die Rücksicht auf die Öffentlichkeit gebotenen Sträuben und Zieren, gefunden.

Zweifellos haben dabei die Demokraten am meisten nachgegeben. Zuerst versicherten sie hoch und teuer, daß sie in keine Regierung eintreten würden, der nicht auch die Rechtssozialisten angehörten. Diesen Standpunkt gaben sie allmählich auf, aber sie machten zur Bedingung ihres Zusammengehens mit der deutschen Volkspartei, daß diese sich unabweisend zur Republik bekennen. Da die Streikmänner das ablehnten, wurde eifrig nach einer neuen Formel gesucht und die hat man jetzt in der Erklärung gefunden, die erste Sorge der Regierung sei der Wiederaufbau Deutschlands und die Regierung sei bestrebt, diesen auf dem Boden der bestehenden republikanischen Staatsordnung zu vollziehen.

Man ist also bestrebt, die Republik zu erhalten. Winkt dem Streben kein Erfolg, so wird man sich wahrscheinlich damit trösten, daß es in großen Dingen genüge, den guten Willen beiseite zu haben.

Dem linken Flügel der Demokraten ist es einstweilen bei dieser staatsmännischen Nachgiebigkeit ihrer Partei noch nicht recht gebeuer und die „Berliner Volkszeitung“ z. B. würde es, wie sie sagt, außerordentlich bedauern, wenn man den ursprünglich eingenommenen Standpunkt aufgäbe und ohne die Rechtssozialisten in eine Regierung eintrete. Auch Theodor Wolff weist im „Berl. Tagebl.“ darauf hin, daß viele Mitglieder der Partei den Entschluß der Leitung nicht begreifen würden, aber die Bedenken dieser Widerstrebenden können an der vollendeten Tatsache nichts ändern. Eine Rechtfertigung für das Zurückweichen von der zuerst eingenommenen Linie wird ja auch immer in dem Hinweis darauf liegen, daß die Rechtssozialisten, wenn sie auch den Eintritt in die Koalition ablehnen, doch bereit sind, ihr zunächst keine Schwierigkeiten zu machen und sie mit freundlichem Wohlwollen zu behandeln.

Die Mitglieder des neuen Kabinetts werden schon genannt. Von den Demokraten sollen Koch (Finanzen) und Gehler (Reichswehr) ihre Portefeuilles behalten, desgleichen vom Zentrum Dr. Wirth (Finanzen), Giesberts (Post) und Hermes (Ernährung). Der bisherige preussische Wohlfahrtsminister Stegerwald (Zentrum) soll angeblich Verkehrsminister werden, die Volksparteiler Heintze und Becker-Hessen sind für das Justizministerium und Schatzministerium vorgesehen. Als Minister des Auswärtigen wird der Geheimrat v. Simson genannt, der unter Brockdorff-Rantzau Chef der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes war. Da es aber noch unklar ist, ob er annimmt, sucht man nach einem anderen „Nachminister“ für diesen Posten.

Wenn das Kollegium dann zusammen ist, wird es sich über das Programm schlüssig werden, mit dem es vor den Reichstag treten will. Man braucht kein Prophet zu sein, um zu wissen, daß dieses Programm nach aller Wahrscheinlichkeit aus einer Reihe von Redensarten bestehen wird. Aber vorläufig ist bei der Haltung der Rechtssozialisten, die entweder mit Ja abstimmen oder sich enthalten werden, für die Regierung eine Mehrheit im Parlament sicher.

Unfreundliche französische Begrüßung.

DA. Paris 20. Juni. Der „Temps“ widmet dem kommenden Kabinett Fehrenbach in einem Leitartikel eine ziemlich unfreundliche Begrüßung. Das Blatt schreibt: „Herr Fehrenbach, der die Regierungsbildung übernommen hat, ist der einzige Deutsche, den die Revolution auf dem es-

nersten Posten belassen hat, auf den ihn das alte Regime gestellt hatte. Er hat in der republikanischen Konstituante den Vorsitz geführt, wie er den ehemaligen kaiserlichen Reichstag präsi- diert hat. Diese Bezeichnung ist nicht ohne Inzuchtigkeiten, sie hat aber auch ihre Vorteile. Fehrenbach ist der lebendige Beweis für die Solidarität, die mit Bezug auf die zu leistenden Wiedergutmachungen und Ga- rantien zwischen dem Deutschland der Vor- kriegszeit und dem Deutschland von heute be- steht. Ist es nun beschlossene Sache, daß die alliierten Regie- rungen in Spaa Herrn Fehrenbach als deutschen Reichspräsidenten gegenübersehen werden? Ganz gewiß werden sie in ihm sei- nem Republikaner von alterher, noch einem überzeugten Pa- gisten begegnen. Bevor er Präsident des Reichstags war, leitete Fehrenbach vom August 1917 ab die Debatten des Hauptaus- schusses, der bekanntlich der Vertraute der kaiserlichen Regierung war. Er hat an den Sieg bis in die letzten Wochen des Krieges hinein geglaubt. In der zweiten Septemberhälfte 1918 erklärte er der Presse, die Offensiv der Verbündeten sei zu Ende. Offen- sichtlich ist Fehrenbach nicht einer jener Naifheiten, die wie Erz- berger z. B. frühzeitig die Unmöglichkeit begriffen haben, den Krieg zu gewinnen und daher eine Vorkriegspolitik betreiben, deren logische Entwicklung sie schließlich dahin führte, die Folgen der Revolution hinzunehmen und mit den Wehrheitssozialdemokra- ten zusammenzuarbeiten. Man kann sehr wohl noch einmal feststellen, daß die Politik Fehrenbachs in der Vergangenheit den alliierten Regierungen, wenn schon nicht schätzbare Hinweise oder auffäl- lende Zeugnisse, so doch zum mindesten Argumente und — War- nungen an die Hand gibt.

Ein Segen für das Volk.

Die „Vorteile“ des Lohnabzugs.

Durch das Wollfische Bureau werden längere Ausführungen darüber verbreitet, in welcher Weise der Steuerabzug vom 25. Juni ab durchgeführt werden soll. Es wird darin gesagt, daß sich der Abzug auf alle Lohnempfänger im weitesten Sinne des Wortes erstreckt; er treffe genau so gut das Gehalt des Reichspräsidenten oder des Generaldirektors einer Aktien- gesellschaft, wie den Arbeitslohn eines Hausangestellten. Die Geldbezüge und Naturalbezüge zusammenzählen, soll in solchen Fällen, wo die Naturalbezüge den Barlohn übersteigen, höchstens 20 Prozent des Barlohns abgezogen werden dürfen. Für Ver- lin ist der Wert der Naturalbezüge gegenüberlich auf 25 Mark monatlich festgesetzt; bei einem Hausangestellten, der monatlich 90 Mark in bar erhält, sind in Berlin also nur 14,20 Mark monatlich abzuziehen. Es wird dann mitgeteilt, daß die Steuererlässe von den Gemeindebehörden unentgeltlich ausgestellt und die Steuermarken bei den Postanstalten zu beziehen sind. Die unmittelbare Ueberweisung der Steuer- abzüge erfolgt auf Antrag des Unternehmers beim Landesfinanz- amt. Wir hören weiter:

Die Anrechnung des gefürzten Betrages auf die für das Rechnungsjahr 1920 geschuldete Einkommen- steuer soll grundsätzlich erst nach der endgültigen für das Kalenderjahr 1920 vorzunehmenden Ver- anlagung erfolgen. In der Presse ist hier und da die Schlussfolgerung gezogen, daß Arbeitnehmers in diesem Jahre eine doppelte Einkommensteuer zu zahlen hätten, indem sie neben der Anrechnung ihres Arbeitslohnes auf Steueranforderungsscheiben auch noch die Steuer von dem- selbigen Einkommen zu zahlen hätten, das für die landesrecht- liche Veranlagung der Einkommensteuer im Jahre 1919 fest- gestellt ist. Diese Auffassung ist irrig. Denn erstens ist nach Möglichkeit dafür gesorgt, daß solchen Steuerpflichtigen, bei denen sich die vorläufig zu erzielende Steuer nicht höher als der 10prozentige Abzug von ihrem Arbeitslohn berechnet, ein Steueranforderungsschreiben überhaupt nicht zugeht. Und zweitens wird, wo diese Voraussetzungen nicht zutreffen, also wenn z. B. noch anderes Einkommen als Arbeitslohn vorhanden ist, die gefürzte Steuer sogleich auf die einzelnen nach dem Steueranforderungsschreiben zu ent- richtende Beträge angerechnet. An weitere einseitige Voraus- setzungen ist die Zulässigkeit der Anrechnung nicht geknüpft.

Eine bare Herauszahlung findet grundsätzlich auch erst bei der endgültigen Veranlagung für 1920 statt. Vorher, also im Laufe dieses Jahres, wird nur dann herausgezahlt, wenn die vom Arbeitnehmer endgültig zu entrichtende Einkommensteuer voraussichtlich weniger als 10 v. H. des normalerweise im Jahre 1920 zu erzielenden Arbeits- lohnes des Arbeitnehmers beträgt. Besteht das Ein- kommen z. B. nur aus 4800 Mark Arbeitslohn, und ist der Steuerpflichtige verheiratet und hat 4 minderjährige Kinder, so ist bei der endgültigen Veranlagung überhaupt keine Ein- kommensteuer zu zahlen; in diesem Falle werden die jeweils monatlich gefürzten 40 Mark sofort zurückgezahlt. Die Vo- raussetzung, daß gerade die Leistungsfähigsten die Steuer zunächst bezahlen müßten und erst im nächsten Jahre zurück- erhalten, damit dem Reiche gleichsam ein zinsloses Darlehen gewährten, ist also unrichtig.

Die Bestimmungen über den Abzug vom Arbeitslohn treten am 25. Juni in Kraft, d. h., ihnen unterliegen alle vom 25. Juni ab fälligen Gehälter, Löhne usw. Durch vorherige Auszahlung dieser Beträge können diese Bestim- mungen über den Steuerabzug nicht umgangen werden.

Es ist nicht leicht, aus diesen Ausführungen herauszufese- ren, was mit ihnen gemeint ist. Da in der letzten Zeit vom Reichs- finanzministerium selbst zugegeben werden mußte, daß über die Ausführung und Auslegung der einzelnen Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes Unklarheit herrsche, so muß man anneh- men, daß diese bürokratische Darstellungsweise gewählt worden ist, um die eigene Unwissenheit zu verdecken. Wir hören, daß den Steuerpflichtigen, die durch den Steuerabzug mehr an Steuern entrichten, als sie nach der Veranlagung zu leisten verpflichtet sind, der Abzug sofort zurückgezahlt werden soll. Es ist anzunehmen, daß die Finanzämter für diese Zurückzahlungen zustän- dig sein werden; da aber die neue Organisation des Finanz- wesens sich noch im Aufbau befindet, und da sie sich voraussicht- lich nicht allzuweit von den anderen bürokratischen Einrichtungen des Staates unterscheiden wird, so ist hundert gegen eins zu wetten, daß dieses „Sofort“ sich auf längere Zeit erstreckt und schließlich unsere Behauptung zutrifft, daß die Leistungsfähigsten dem Staate auf ein Jahr hinaus zinslos einen er- heblichen Teil ihres geringen Einkommens hinlegen müssen.

Es wird endlich noch angeführt, daß mit dieser Zahlungs- weise für den Lohn- und Gehaltsempfänger eine Reihe von Vorteilen verbunden sind. Die Steuerentrichtung werde wesentlich erleichtert, da die Bezahlung in vierteljährlichen Raten oft genau sehr schwer falle. Und es sollte auch nicht verach- tet werden, wie die Finanzlage des Reiches beschaffen sei, deren weitere Verschlechterung würde den Arbeiterstand am meisten schädigen.

Nach diesen Ausführungen ist also der Steuerabzug geradezu ein Segen für das Volk. Warum läßt man denn nicht die be- treffenden Klassen gleichfalls dieses Segens teilhaftig wer-

den? Washalb gibt man ihnen denn soviel Zeit, bis sie ihre Vermögen und Einkommen verschleppen und sich von der Be- zahlung von Steuern zum großen Teil oder vollständig drücken können? Die Arbeiter müssen zinslos und zwangsweise dem Staat die Steuer im voraus bezahlen und noch darüber hinaus erhebliche Beträge abführen, von denen noch nicht sicher ist, wann sie sie überhaupt zurückbekommen werden. Den besitzenden Klassen werden dagegen ganz andere Zugeständnisse gemacht. Vor einigen Tagen wurde mitgeteilt, daß die Steuerpflichtigen, die eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs zu machen haben, berechtigt sind, Vorauszahlungen zu leisten. Und sie wurden daran erinnert, daß ihnen dabei 6 Prozent Zwi- schengewinnen berechnet werden. Ist das auch noch steuerliche Gerechtigkeit? Will man den Arbeitern einreden, daß es ein Segen für sie sei, wenn sie die ganze Steuer oder noch erheb- liche Beträge darüber hinaus zinslos im voraus zahlen müssen, während man den besitzenden Klassen 6 Proz. Zinsen verspricht, damit sie nur einen Teil ihrer Gewinne wieder herausgeben? Wird etwa der Generaldirektor einer Aktiengesellschaft, der von seinem Reineinkommen bis zu 60 Proz. Steuern zu zahlen hat, durch den Steuerabzug ebenso sehr betroffen wie der Ar- beiter, dem in den meisten Fällen weit mehr abgezogen werden wird, als in Wirklichkeit seine Steuern ausmachen?

Wir wiederholen, daß der Reichstag als eine seiner ersten Aufgaben betrachten muß, dieses Ausnahmegericht gegen die minderbemittelte Bevölkerung zu be- seitigen. Wenn die Steuer „an der Quelle“ erfaßt werden soll, so bemühe man sich zuerst an die Quelle, die am fruchtigsten sprudeln müßte und ziehe endlich die besitzenden Kreise besser als bisher zur Deckung der Staatslasten heran!

Zwei Liberale.

Die Demokratische Partei hat zwei ihrer hervorragendsten Mitglieder durch den Tod verloren: den Prinzen Schön- aich-Carolath und den Geheimrat Dr. Friedberg. Das Schicksal der öffentlichen Tätigkeit beider Politiker fällt in die vorrevolutionäre Zeit. Beide gehörten damals der nationalliberalen Partei an. Prinz Schönauich verstarb seit dem Jahre 1881 im Reichstag den Wahlkreis Guben und Dr. Friedberg, der nur kurze Zeit dem Reichstag angehörte, spielte eine führende Rolle im preussischen Abgeordnetenhaus.

Als Parlamentarier trat Prinz Schönauich wenig hervor, doch besaß er in der Fraktion einen gewissen Einfluß, der zum Teil seiner Abstammung, zum Teil aber auch seinem vornehmen und vornehmen Charakter zuzuschreiben war. Er unterschied sich in seinem Ansehen vornehmlich von dem Typ des preussischen Junkers, besaß ein wohlwollendes Verständnis für die Bedürf- nisse anderer Volksschichten und interessierte sich vornehmlich für die Fragen der bürgerlichen Volkserziehung. Als Vorsitzender der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbil- dung, die für Errichtungen von Wanderbibliotheken und dergleichen sorgte, erwarb er sich Verdienste. Er war mit einem Wort ein Liberaler des alten allmählich ausgehenden Schlages, für den der Liberalismus eine von innerweltlichen, so- zialistischen Weltanschauungen bedeutete. Für die deutschen Zustände war es bezeichnend, daß ihm sein doch wahrhaftig sehr maßvoller Liberalismus die Bezeichnung des roten Prinzen eintrug. Wer als Abblüher nicht konvertiert war, galt eben als rot.

Dr. Friedberg war anders geartet. Er besaß parlamen- tarisches Geschick und liehe den parlamentarischen Kampf. Einer Berliner jüdischen Kaufmannsfamilie entstammend, wandte er sich zunächst der Universitätslehre zu und wurde Professor der Staatswissenschaften in Leipzig und Halle. In den Landtag ge- wählt, hielt er sich im allgemeinen in der Mittelgruppe der nationalliberalen Fraktion, zeigte gelegentlich Neigung, sich mit den Fortschrittlichen zu verständigen, war aber stets ein schwar- zer Wegener der Sozialdemokratie. Als die preussische Wahlrechtsfrage brennend wurde, vertrat er den Stand- punkt des Reichstages, und erst als die Rücksicht auf die Volkswahl am Ende des Krieges radikale Entschlüsse not- wendig erschienen ließ, beschränkte sich Friedberg allmählich auf die gleichen Wähler. Im November 1917 wurde er nach dem Rücktritt Helfferichs stellvertretender Vorsitzender im preussischen Staatsministerium und sollte als solcher gerade die Lösung des Wahlrechtsproblems betreiben. Besonderen Einfluß hat er aber in dieser Richtung nicht ausgeübt, und es war bei der Unklar- heit und der Unsicherheit der Stellung, die er dordem eingenom- men hatte, verständlich.

Nach dem Zusammenbruch trat Friedberg, der sich bis dahin zu den überzeugten Monarchisten gerechnet hatte, wie so viele seiner Freunde auf den Boden der gegebenen Tatsachen und war dort genau so zuverlässig wie der Durchschnitt der deutschen Liberalen. Er schloß sich der Demokratischen Partei an, in der er bis vor einigen Monaten den Vorsitz geführt hat. In der pre- ussischen Landesversammlung machte er sich noch einmal ganz besonders bemerkbar durch einen Vortrag über die Erz- bergerische Finanzreform. Es erregte Aufruhr, daß ein Angehöriger der Partei, die mit in der Reform sah, eine so abfällige Kritik an der Politik dieser Regierung übte, und es war nicht ganz leicht, die Gegenläufe wieder auszugleichen.

Der Tod ihrer beiden alten Kampfgenossen muß die Demo- kraten besonders schmerzhaft berühren in einer Zeit, wo sie bei jeder Wahl erneut festzustellen haben, daß der junge Nachwuchs ihnen fehlt.

Eine Verteidigung des weißen Schreckens.

Die Berliner ungarische Vertretung verspricht eine lange Er- klärung, die sich gegen den vom Internationalen Gewerkschafts- bund über Ungarn verhängten Volkssturm wendet. Es wird dort behauptet, daß es infolge der kommunistischen Wirren und der nachfolgenden rumänischen Besetzung tatsächlich zu einer gewis- sen Rechtsunsicherheit gekommen sei. Es sei aber nach kurzer Zeit Gelassenheit, Ordnung zu schaffen. Jetzt dürften nur noch bür- gerliche Behörden Untersuchungen und Verfügungen vornehmen; die militärischen Sonderformationen würden aufgelöst, das Land soll von den uniformierten Verbänden gesäubert werden. Eine arbeitereindliche Stimmung habe es in Ungarn nie gegeben, un- möglich seien in Ungarn Arbeiter leibhaftig wegen ihres Bekennt- nisses zur Sozialdemokratie festgenommen worden, in den Inter- nentlagern befänden sich weniger als 2000 Personen, Todesur- teile seien seit der kommunistischen Herrschaft etwa in 60 Fällen verhängt worden, vermehrt seien etwa 250 Personen.

Diese Darstellung steht zu den Tatsachen in schroffem Ge- gensatz. Es ist unübersehbar und mit allen dokumentarischen Nachweisen festgelegt, daß in Ungarn von den gegenrevolutionä- ren Militärs ein Schreckenregiment gegen die Ar- beiter aufgestellt worden ist, wie es die Welt kaum je vorher erlebt hat. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat sein Pflicht erfüllt, als er auf die zahllosen Opfer der ungarischen

Militärs das Proletariat der ganzen Welt zum Volkst gegen das Ungarn des weißen Schreckens aufrief. Und dieser Volkssturm wird solange durchgeführt werden, bis das ungarische Schreckenregiment wieder beseitigt ist.

Eine interessante Entscheidung.

Die Märzaktion der Arbeiterschaft, eine Verteidigungs- handlung.

Um das Mitternachtsverbrechen abzuwehren, hatten sich auch in Pommern an verschiedenen Orten die organisierten Arbeiter in den Besitz von Waffen zu setzen versucht. So waren am 17. März in Penkun, Kreis Randow, 15 Ar- beiter in die Wohnung des Kammerherrn von der Osten eingedrungen und hatten sich die dort versteckten Waffen angeeignet. Gegen den Führer wurde daraufhin Anzeige wegen Hausfriedensbruch und Erpressung gestellt. Der Erste Staatsanwalt in Stettin lehnte ein Einschreiten ab und gab dafür folgende Begründung:

Ich habe das Verfahren eingestellt. Die organisierte Ar- beiterschaft hatte die Verteidigung der verfassungsmäßigen Re- gierung gegen den Angriff des Aufständischen Kapp und seiner Mitbeteiligter unternommen. Daß die Arbeiterschaft etwas anderes wie diese Verteidigung, etwa ihrerseits einen Angriff auf die durch den Kapp'schen Aufstand teilweise geschwächte Regierung mit linksradikalen Zielen, beabsichtigte, ist nicht nach- weisbar.

Wenn auch die in der Provinz Pommern liegenden Reichs- wehrtruppen sich nicht ausdrücklich auf Seiten des Aufständischen Kapp gestellt hatten, so ließ doch andererseits ihr Verhalten keineswegs auch nur mit einiger Sicherheit darauf rechnen, daß sie zur Verteidigung der verfassungsmäßigen Regierung gegen den Angriff Kapps bereit sein würden. Da nun eine erfolgreiche Verteidigung gegen den mit militärischer Macht ins Werk ge- setzten Angriff Kapps nur von einer bewaffneten Menge durch- führbar erschien, so mußten diejenigen, die die Verteidigung durch- führen wollten, sich selbst bewaffnen und, soweit sie nicht im Besitz einer genügenden Anzahl von Waffen waren, sich selbst Waffen verschaffen. Das Verschaffen von Waffen zu diesem Zweck stellt sich daher als Verteidigungshandlung dar, welche erforderlich war oder zum mindesten für erforderlich gehalten wurde und gehalten werden konnte, den gegenwärtigen rechtswidrigen An- griff Kapps von der verfassungsmäßigen Regierung abzu- wehren; sie fällt als solche also unter den Begriff der Not- wehr oder doch den der Notwehr und ist gemäß §§ 33, 39 StrGB. straflos. Dies selbst dann, wenn es hierbei zu Ver-letzungen der Rechte Dritter gekommen ist, ohne die das durch die Notwehr oder vermeintliche Notwehr gebotene Ziel nicht erreichen zu können annahm und anzunehmen konnte.

Diese Begründung, die durchaus der allgemeinen Rechtslage entspricht, hat bei den Rechtsparteien große Em- pörung hervorgerufen. Ihre Presse tobt wie besessen gegen den Staatsanwalt, der, unter seinen Kollegen sicher eine Ausnahme, sich nicht dazu herbeigelassen hat, das Recht zu töten und die beschuldigten Arbeiter ins Justizhaus zu werfen. Die Begründung, die der Stettiner Staatsanwalt für die Ereignisse während der Märztag in Pommern gibt, trifft aber auf das Meer für das Ruhrgebiet zu. In dort lagen die Verhältnisse für die republikanische Bewaff- nung noch weit schlimmer, denn alle Reichswehrformationen waren zu Kapp übergetreten und kämpften, um die Verherrlichung der Arbeiter im Sattel zu halten, gegen die sozialistische Arbeiterschaft. Das Recht zur Notwehr war also für die Arbeiter des Ruhrgebietes noch mehr gegeben, als in Pommern. Trotzdem sind dort gegen die für die Ver- sorgung kämpfenden Arbeiter Hunderte Jahre von Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verhängt worden, viele von ihnen wurden gestandrecht oder von Reichswehrsoldaten auf Befehl der Offiziere meuchlings er- mordet. Die Kriegsgesetze aber, die dort ihr schändliches Handwerk ausübten, stützen sich auf eine Ver- ordnung des rechtssozialistischen Reichspräsidenten Ebert.

Seedt empfängt gute Eindrücke.

Herr Seedt, der Chef der Oberleitung und der Reichs- wehrminister Geiler machen seit einigen Wochen Inspektions- reisen. Sie besichtigen die Truppen und gewinnen dabei immer die besten Eindrücke. Jetzt war Seedt in München, und wieder weiß der Telegraph zu melden:

Die Truppen, die zum Teil im Ruhrgebiet verwendet wor- den waren, machten einen sehr guten Eindruck. Verschiedene Ausposten mit Offizieren und Mannschaften bewiesen voll- auf, daß die bayerischen Führer und Truppen — getreu den Ueberlieferungen des Westreiches — in festen Zusammenhalt und ernster Arbeit aller Glieder der Reichswehr den einzigen Weg zur Ueberwindung der deutschen Verwir- rungen, Wespenschwärme mit schändlichen Verfallsakten des öffentlichen Lebens hatten das gleiche gute Ergebnis.

Die Truppen, die im Ruhrgebiet gekämpft haben, gefielen Herrn Seedt also am besten. Wir glauben ihm dies, denn gerade die bayerische Kappistenbrigade Epp hat dort furchtbarst gekämpft und Erfolge und Verhandlungen in Masse vorgenommen. Und so etwas kann auf einen General der alten preussischen Schule natürlich nur den günstigsten Eindruck machen.

Die erste Sitzung der U. S. P. D.-Fraktion des Reichstags.

Am Montag trat unsere Fraktion im Reichstags zu ihrer ersten Beratung zusammen. In den Vorstand der Fraktion wur- den gewählt: die Genossen Dente, Crispian und Debehour als Vorsitzende, die Genossen Rich und die Genossen Rosenfeld und Dittmann als Beisitzer und der Genosse Brühl als Kassierer. Die Beratungen der Fraktion werden heute fortgesetzt.

Genosse Dr. Rosenfeld hat sein Mandat als Mitglied der Preussischen Landesversammlung niedergelegt, da er zum Mitglied des Reichstags gewählt ist.

Auer legt sein Reichstagsmandat nieder. Der ehemalige bayerische Minister des Innern, Auer, hat, wie die „Münchener Post“ meldet, das Mandat für den Reichstag niedergelegt und nur das Mandat für den bayerischen Landtag angenommen.

Personalveränderungen in der preussischen Verwaltung. Der kommissarische Landrat Thiele ist endgültig zum Landrat im Saale-Kreis bestellt worden. Der bisherige Abgeordnete Schmitz wurde vorüberweise zum Landrat in Wittenberg (Schlesien) und der Abgeordnete Reife aus Berlin-Trebbow vorüberweise zum Landrat in Schwabitz bei Wittenberg ernannt.

Die Entente-Besprechungen.

Zur Konferenz in Sythe.

HN. Paris, 21. Juni.

Die unerwartete Reise Millierands nach Sythe, die in Paris erst im allerletzten Augenblick bekanntgegeben wurde, wird lebhaft besprochen. Es scheint, daß die Zusammenhänge folgendermaßen liegen:

Ursprünglich war bekanntlich nur eine Aussprache Frankreichs und Englands in Boulogne vorgesehen. Esorga ist es aber in London gelungen, auch eine Teilnahme Italiens durchzusetzen und automatisch forderten natürlich Japan und Belgien für sich dasselbe. Dadurch veränderte sich der Charakter der Zusammenkunft vollständig. Trotzdem erscheint es natürlich möglich, daß die französischen und englischen Regierungvertreter zunächst allein Besprechungen abhalten. Denn die seit 1 1/2 Jahren zwischen Frankreich und England geführten finanziellen Verhandlungen müssen nunmehr offiziell von den Regierungen sanktioniert werden. Es handelt sich bekanntlich um die von Deutschland zu leistenden Jahreszahlungen, die verändertlich sein sollen, um die Termine, die Beiträge und um die Höhe des Zinsfußes, sowie fernerehin um einen Plan einer englisch-französischen finanziellen Zusammenarbeit mit Rücksicht auf die Märkte und besonders auf Amerika, das im Osten das Recht auf völlig werdende Zahlungen hat. Außerdem lag Millierand an einer Sonderkonferenz schon deshalb viel, weil die finanziellen Fragen aufs engste mit der allgemeinen Politik zusammenhängen, die Deutschland gegenüber einzunehmen werden soll.

Dann kommt die russische und türkische Frage an die Reihe. Zwischen Esorga und Benzelrod, die auch nach Boulogne kommen werden, wird sich hierüber schwer eine Einigung erzielen lassen. Man scheint allgemein davon überzeugt zu sein, daß die Schuldenlasten in Italien es notwendig machen, die Bedingungen des Vertragsentwurfes mit der Türkei noch ziemlich gründlich zu ändern. Aber man rechnet voraus, daß Benzelrod, dessen Stellung in Wien immerhin noch nicht ganz sicher ist, seine ganzen Kräfte daran setzen wird, um die Punkte, die Griechenland versprochen wurden, zu erhalten.

Für die Zahlung der deutschen Entschädigungen erwarten die Sachverständigen ein System, wonach Deutschland in ähnlichen Raten von mindestens 3 Milliarden Goldmark zu leisten hat. Dabei wird festgestellt, daß dieser Betrag gegebenenfalls erhöht werden kann.

Nachdem dann eine weitere an Deutschland zu richtende Note vor. Diese behandelt die Forderung nach Beendigung des deutschen Kriegsmaterials, bzw. die Beibehaltung der Herstellung, da man fürchtet, dieses Kriegsmaterial könne in Händen einer militärischen Regierung — wie man glaubt, könne diese jeden Augenblick in Berlin aus Rußland kommen — ein Mittel für künftigen Widerstand bieten. Über diese Note und über die anderen Fragen soll die Konferenz aller Mächte in Boulogne heute entscheiden.

Paris, 21. Juni.

Nach „Journal“ hat die jetzige Zusammenkunft in Sythe sich auch mit der russischen Frage beschäftigt und Berichte über die Verhandlungen mit Krasin entgegengenommen. Lord George wünscht vor allem mit Rußland zu einer Einigung zu gelangen, um die wirtschaftlichen Beziehungen zu die-

sem Lande wiederherzustellen zu können und so einen modus vivendi zu schaffen, was in der Tat einer Anerkennung der Sowjetregierung gleichkommen würde. Seine Stellungnahme in dieser Angelegenheit sei unumstößlich. Wenn Frankreich diesen Absichten entschlössen überland letzte würde sich England um die Wiederaufrichtung Europas nicht kümmern und wie Amerika seine eigenen Wege gehen.

Die Durchführung des Friedensvertrages.

Paris, 21. Juni.

Die „Journal“ mittelt, ist man bei der Durchführung des Friedensvertrages von den Zwangsmassnahmen der militärischen Besetzung abgesehen. Man habe beschlossen, wenn Deutschland die Klauseln des Friedensvertrages nicht erfüllt, zum Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen zu greifen, was einer gemilderten Blockade gleichkäme.

Keine feindlichen Absichten Rußlands.

Osag, 21. Juni.

Ein Moskauer Funkpruch besagt: Tschitscherin hat ein Telegramm an die deutsche Regierung geschickt, worin er den böswilligen und tendenziösen Gerüchten über angebliche feindliche Absichten gegenüber Deutschland entgegentritt. Etwas Derartiges wäre nicht geplant. Der Krieg gegen Polen sei ein reiner Verteidigungskrieg, die Politik Sowjetrußlands sei friedlich.

Der amerikanische Arbeiterbund für den Völkerbund.

H. N. London, 21. Juni.

Der kanadische Mitarbeiter der „Times“ schreibt, daß die in Montreal abgehaltene Versammlung der amerikanischen Arbeiter-Föderation mit einer harnischen Debatte über den Völkerbund geschlossen wurde. Die Urnruhen und der Värm waren so groß, daß der Hochlande Gompers seinen Souverän in Sülle schlug. Anhänger der linken Seite, unterstützt von den Revolutionären, bekämpften den Völkerbund heftig, da das Statut dieses Bundes das Selbstbestimmungsrecht für Völker nicht anerkennt. Trotzdem bezugte die Versammlung ihre Sympathie mit dem Völkerbund.

Törichter Nationalismus.

Folgen der U-Bootschande.

H. N. London, 21. Juni.

Der Chef des englischen Seemannsverbandes, Gabelod Wilson, erklärte auf der internationalen Seemanns-Konferenz, der Deutsche Vöding könne zur Konferenz nicht zugelassen werden, wenn er nicht öffentlich sein Verdräuen über den verdröckerischen U-Bootskrieg auspricht und die offizielle Zusage geben könne, daß den Hinterbühnen der Opre eine Entschädigung getadelt werden solle. Die übrigen Delegierten unterstützten diesen Antrag Wilsons.

gestellt werden, jede Rede in Sitzungen oder Versammlungen als eine Aufforderung oder Erhebung.“

Die holländischen Sozialisten im Parlament haben versucht, die Beratung des Gesetzesentwurfes durch Obstruktion hinauszuschieben. Es ist ihnen nicht gelungen. Die kapitalistischen Gruppen haben die Mehrheit, und sie sorgten dafür, daß das Parlament immer beschlußfähig blieb, auch wenn die Sozialisten den Stuhl verließen. Am Tage des Beginns der Verhandlungen wurden die Arbeiter der großen Städte zu einem vierundzwanzigstündigen Proteststreik aufgerufen. Aber auch das hat, wie es scheint, nicht die gewünschte Wirkung erzielt. Die Beratungen gehen weiter. Die Gelegenheit, die gesamte Arbeiterbewegung Hollands zu treffen, ist zu günstig, als daß die vereinigten Kapitalisten sie sich entgehen lassen könnten.

Werden die Kräfte der holländischen Arbeiterbewegung ausreichen, den ihr gegenüberliegenden schweren Schlag noch im letzten Augenblick abzuwenden?

Regierungskrise in Württemberg.

Die Landtagswahlen in Württemberg, die zugleich mit den Wahlen zum Reichstag am 6. Juni vorgenommen worden sind, haben einen außerordentlich starken Rückgang der Rechtssozialisten und einen bedeutenden Erfolg der Unabhängigen Sozialdemokratie gebracht. Die Rechtssozialisten, die bisher an der Koalitionsregierung teilgenommen hatten, richteten an unsere Parteigenossen die Anfrage, ob sie zum Eintritt in die Koalition bereit wären. Das wurde von unseren Parteigenossen verneint. Daraufhin hat eine Landeskonferenz der Rechtssozialisten beschlossen, sich an der Neubildung der Landesregierung nicht zu beteiligen.

Die württembergischen Rechtssozialisten haben unter der Führung von Blos und Heymann in der Koalitionsregierung eine so reaktionäre Politik getrieben, daß sie von einer rein bürgerlichen Regierung kaum noch übertriften werden kann. Den katastrophalen Rückgang ihrer Stimmzahl haben die Rechtssozialisten dieser Politik zu verdanken.

Der Zerfall der U. S. P. in Bayern.

Unter dieser oder ähnlicher Überschrift erzählte kürzlich die bürgerliche Presse, daß es mit der Unabhängigen Sozialdemokratie in Bayern reichend bergab gehe. Ein gewisser Förster, Vorsitzender des Landarbeiterverbandes und Mitglied der U.S.P., habe dieser Partei Vales gesagt und mit ihm sei eine ganze Anzahl von Ortsgruppen der U.S.P. zur kommunistischen Partei übergetreten.

Wie irrsinnig gelogen wird, zeigt gerade dieser Fall. Die U.S.P. hat mit der Angelegenheit überhaupt nichts zu tun. Es handelt sich um einen Versuch des Förster, Mitgliedschaften des Landarbeiterverbandes, also einer Gewerkschaftsorganisation, der R.P.D. zuzuführen. Aber auch das ist ihm nach einer Mitteilung, die wir dem gewerkschaftlichen Nachrichten dienst entnehmen, in keiner Weise gelungen. Der Deutsche Landarbeiterverband hat inzwischen aus fast allen Ortsgruppen, die als zur R.P.D. übergetreten genannt wurden, Schreiben erhalten.

laut denen die Mitglieder gegen diese Behauptung Protest einlegen. Förster war schon seit längerer Zeit von seinem Verband ausgeschlossen worden, sich um eine andere Tätigkeit umgesehen und er ist seit dem 1. Juni wegen Unfähigkeit nicht mehr im Deutschen Landarbeiterverband tätig.

Gegen die „Schlichtungsordnung“.

Schon vor einer Reihe von Wochen trat der Deutsche Metallarbeiterverband als einer der ersten Körperschaften auf den Plan, um den Vorentwurf der „Schlichtungsordnung“, der zunächst im Schoß „englischer Kreise“ ruhte, der breiten Öffentlichkeit bekannt zu geben und mit aller Schärfe gegen das beabsichtigte Ansehungsgebot gegen die deutsche Arbeiterschaft Front zu machen. Nunmehr liegt auch eine einmütige Kundgebung des erweiterten Beirates (Vertreter aller Bezirke) des Metallarbeiterverbandes vor, die in ihrem Bericht besagt:

„Der vom Reichsarbeitsministerium ausgearbeitete Entwurf einer Schlichtungsordnung zur Vermeldung und Beilegung gewerblicher Streitigkeiten (Arbeitsverhältnisse, Ausperrungen) ist in seinem Aufbau bürokratisch schwerfällig und in seinen Zielen reaktionärer Natur. Die vorgelegte Schlichtungsordnung ist deshalb für die organisierte Arbeiterschaft völlig unannehmbar. Der Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes verurteilt, daß eine solche Vorlage überhaupt ausgearbeitet werden konnte. Ihre etwaige gesetzgeberische Behandlung müßte den entschiedensten Widerspruch der organisierten Arbeiterschaft ohne Unterschied der Richtungen herbeiführen und schwere Erschütterungen des Wirtschaftslebens zur Folge haben. Er erwartet daher, daß der Entwurf in der Verlesung verschwinde und keinerlei Versuch unternommen wird, auf ihn je wieder zurückzukommen. Dabei erkennt der Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes grundsätzlich an, daß eine Fortbildung der bestehenden Schlichtungsbehörden durch Schaffung eines Reichsrichtungsamtes geboten ist und namentlich das Verfahren über die Verbindlichkeitsklärung von Schlichtungsstellen, denen die Parteien zugestimmt haben, vereinfacht und beschleunigt wird. Träger des gewerblichen Schlichtungswesens sind die wirtschaftlichen Interessensvereinigungen der Arbeiter und Unternehmer. Bei einer Reform des gewerblichen Schlichtungswesens darf das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter unter keinen Umständen angefaßt werden; desgleichen muß den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter und Angestellten das freie Entscheidungsbrecht über die Annahme und Ablehnung von Schlichtungsstellen unbedingt erhalten bleiben.“

Der Landarbeiterstreik in Hinterpommern.

Wie wir bereits in unserer Sonntagnummer gemeldet haben, ist der Landarbeiterstreik in Hinterpommern im Wodfen begriffen und hat jetzt auch auf die übrigen Kreise des Regierungsbezirks Köslin übergegriffen. Auf mehr als 30 von 58 Gütern wurden auch die Reichslandarbeiter verweigert. Das Oberpräsidium teilt dazu mit, daß es dem Regierungspräsidenten von Köslin überlassen worden sei, die technische Kontrolle auszuführen.

Ueber die Ursachen des Streiks teilt die Verwaltung des Landarbeiterverbandes mit, daß der Streik ausgebrochen sei, weil der von der Kösliner Regierung erlassene Zwangslohn den berechtigten Wünschen der Landarbeiter bei weitem nicht entspreche hätte. Es wurde daraufhin den Vertretern der Landarbeiter bei Besprechungen vom 10. Mai d. J. im Landwirtschaftsministerium bestimmte Vorschläge gegeben. Auch vor dem vom Landwirtschaftsministerium eingesetzten Schiedsgericht, das am 10. Juni in Köslin tagte, kam es jedoch zu keiner Einigung.

Die darauf eingeleitete erweiterte Spruchkammer beschloß sich am 16. Juni nochmals eingehend mit der Angelegenheit, bei der die Arbeitnehmervertreter genötigt waren, die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Kreise zu berücksichtigen und die gleichartigen Kreise eventuell zu gewissen Gruppen zusammenzufassen, um endlich zum Abschluß des Tarifs zu kommen. Die Arbeitgebervertreter dagegen zeigten deutlich, daß sie nur erschienen waren, um den Abschluß des Tarifs zu verhindern. Wäre in dieser Hinsicht auch diese Verhandlungen.

Die Oeffentlichkeit mag sich nunmehr ein Urteil bilden, wer benutzt unter Umgehung der Arbeiter, besonders die Volkernährung, sabotiert. Es ist nicht Schuld der Arbeiter, wenn sie durch die von den Unternehmern angewandte Verschleppungspolitik, die die Verhandlungen bereits über ein halbes Jahr hinausgeschleppt, zu den Arbeitsverhältnissen gezwungen worden sind.

Der Elektrizitätsarbeiterstreik in Halle.

Berlin, 20. Juni. Zum Elektrizitätsarbeiterstreik in Halle wird bekannt, daß der Magistrat ein Eingreifen der Technischen Hochschule abgelehnt habe, da er die Aufrechterhaltung des Elektrizitätsnetzes nicht gewährleisten könne.

Vollversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission.

Die Mitglieder der Berliner Gewerkschaftskommission versammelten sich gestern abend im Berliner Vereins- und Kongressheim, um die Wahl des ersten Vorsitzenden vorzunehmen. Der Ausschuh der Berliner Gewerkschaftskommission hatte sich nach eingehender Prüfung der Vorschläge aus den Organisationen auf Sachal vom Schnelldruckerhandwerk und empfahl die Kommission dessen Wahl. Nach kurzer Debatte wurde dieser Vorschlag gegen wenige Stimmen angenommen.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Vollmerhaus wurde zum zweiten Punkt die Gewerkschaftenfrage und zum dritten Punkt der Bericht über die Einigungsverhandlungen mit der Reichsärzterzentrale behandelt.

Wir lassen einen ausführlichen Bericht über diese Verhandlungen folgen.

Soeben erschienen!

Der Elternbeirat

„Richtlinien für seine Tätigkeit“

Von

Dr. Kurt Kulow-Löwenstein

Preis 2,25 M.

Organisationen erhalten Rabatt

Buchhandlung „Freiheit“, Breite Str. 8-9.

Vergessen Sie niemals:



Die Sehkraft ist die wertvollste von unseren fünf Sinnen, und das Auge ist das edelste und empfindlichste Organ unseres Körpers. Trotzdem wird es meistens vernachlässigt und am wenigsten in seinen Funktionen begriffen.
Wie viel mehr Pflege läßt man z. B. seinen Zähnen angedeihen. Augen sind aber wirklich wichtiger als Zähne. Daher bezeichnen Sie die Tatsache, daß Ihre Augen viel mehr wert sind, als die allerwertesten Augengläser, denn unvollkommenes Sehevermögen schädigt Sie in

Ihrem Fortkommen, ganz gleich, welchem Stande Sie angehören.

Wenn Sie 20 bis 30 Minuten Zeit opfern und in einem unserer Geschäfte vorbeikommen, so können Sie ohne irgendwelche Kosten und ohne Kaufzwang Ihre Augen untersuchen lassen und sich volle Gewißheit über deren Zustand verschaffen. Kommen Sie, sobald als möglich!

Benötigen Sie keine Gläser, so sagen wir Ihnen dies aufrichtig und wünschen Ihnen Glück dazu!



Optiker Rubnke

10 Prozent Rabatt
auf Gläser und Reparaturen nur bis zur nächsten Lohnerhöhung!

Schöneberg:
Hauptstr. 21, Ecke Hauptstr.
Friedrich:
Hauptstr. 18, Ecke Hauptstr.
Neußölln:
Vergl. 4, Ecke Hauptstr.
Spandau:
Friedrichstr. 15, nahe Markt

SO Odeon-Str. 44
S Kottbuser Damm 10
O Frankfurter Allee 14

C Spittelmarkt
W Alexander-Platz
SW Delle Allee 4

W Friedrich-Str. 193 a
Leipziger Str. 113
Claf-Str. 1

ANW Friedrich-Str. 150
N Chaussee-Str. 72
Schönhauser Allee 81

AN Friedrich-Str. 108
Invaliden-Str. 164
Invaliden-Str. 117

Charlottenburg:
Jannich-Str. 15
Joachimsthaler Straße 2
Wilmersdorf:
Berliner Straße 112-113

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne
Dienstag, den 22. Juni:
7 1/2 Uhr: Eine Landpartie und Verwickelte Geschichte.

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 69.
7 1/2 Uhr: Die 3 Zwillinge.

Staatstheater
Opernhaus:
7 Uhr: Der Evangelmann.
Schauspielhaus:
7 Uhr: Der Kronprinz.

Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7 Uhr: Julius Caesar.
(II. Abteilung, IV. Abend)

Deutsches Theater
Direktion: Max Kammardt
7 1/2 Uhr: Taifun

Kammerspiele
Leibnizstr.
Kleines Schauspielhaus
4 Uhr: Moral der Frau Dolak.

Theater des Westens
10 1/2 Uhr: Der letzte Walzer.

Neues Operettenhaus
Direktion: Jean Kren
Allabendlich 7 Uhr 30 Minuten

Prinzessin Friedl

Trionon-Theater
(Bahnhof Friedrichstraße)
Täglich 8 Uhr

Der gute Ruf
Sonntag 4 Uhr kleine Preise:
Der Störenfried.

Residenz-Theater
(Stadthaus Jannowitzbrücke,
Untergrundbahn Klosterstr.)
Täglich 8 Uhr

Die Raschhoffs
Sonntag 4 Uhr kleine Preise:
Johannsteuer.

Theater Hofburg
114, Mühlentisch 1814
7 1/2 Uhr: Die 24 Uhr

Süßsinger
114, Mühlentisch 1814
Volkst. 1-14, u. 4-6.

Neue Welt
Arendt Scholz
Hasenheide 108-114
Täglich Konzert
und Vorstellung
Dienstags, Mittwochs,
Donnerstags u. Sonntags:
Grosser Ball.
In Halleide in 10 Min. nach
Anfang wochentags 5 Uhr,
Sonntags 4 Uhr.

Lessing - Theater

SOMMERSPIELZEIT
Allabendlich 8 Uhr

Leopoldine Konstantin
in Das Glas der Jungfrau

Deutsch-Künstl.-Theater
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Die bessere Hälfte
mit Max Adalbert

Direktion
Carl Meinhart - Prof. Bernauer
Theater I. c.

Königsgrätzer Straße
Geständnis
Komödienhaus
8 U. Die Reise i. d. Mädchenwelt

Berliner Theater
10 1/2 Uhr: Der letzte Walzer

Walhalla-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Kasernenluft.

Sommertheater
„Groß-Berlin“, ehem. Klym's
Hasenheide 15
Dienstag 8 U. Sonntag 8 1/2 U.
Krone u. Fessel
Das Ende einer Königskrone.
Mittwoch 8 Uhr
Försterchristel
ab 9 1/2 U. Spezialitäten-Verkostung.

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7-9
12 Varieté-Sensationen 12
in der
Tanz-Diele **Großer Ball**
Anfang 15 Uhr

Ehemaliges
Voigt-Theater
Hauptstr. 58.
Sommerbühne:
Täglich nachm. 4 1/2 Uhr:
Wieder ein Kämpfer
abends 7 1/2 Uhr:
Das Fräulein vom Amt

Rose-Theater
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.
Gartenbühne täglich:
7 1/2 Uhr: Die Flucht am Gefilde.

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218.
Allabendlich
7 1/2 Sonntags 8 1/2 u. 7 1/2
Unübertreffliches
Varieté-Programm!

Kammerspiele
Blowstr. 6 am Nollendorferplatz
Telephon: Litzow 3305.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Hof, Ball und Schokoladenkaffee.

In einigen Tagen eröffnen wir
unsere bisher geschlossene
Linderschuh-Abteilung.
Auswahl und Preise dürfen überraschen.

„Der Schuhhofs“
Schuhwaren-Fabrik in Reinickendorf
Inhaber: Th. Grawert
Sucht für Wanderschuhmacher

Berlin W. 9
Lindstr. 11

Sommer-Theater Groß-Berlin

vorm. Klym's + Hasenheide 15

8 Uhr **Dienstag, Donnerstag, Sonnabend** 8 Uhr
Sensations-Schauspiel

Verboten gewesen! Verboten gewesen!
Über 1000 Auftritte 4 000 000 Zuschauer haben
das Stück

Krone
und **Fessel**
Das Ende einer Königskrone

Mittwoch, Freitag, Sonntag
8 Uhr **Försterchristel** 8 Uhr
Operette in 3 Akten von Jarno

Vorher ab 8 1/2 Uhr:
Das Riesen-Spezialitäten-Programm!

Kasse geöffnet von 10-11 Uhr und ab 3 Uhr

Vereinigung der Rechtsfreunde

Berlin N 24, Friedrichstraße 127, nahe Karlstraße
die Rechtsankunft d. grossen Publikums!

Prozessabteilung - Sprechzeit 9-11 Uhr.
Bisher regeln 120 000 Klagschende.

Zinn! Lötzin! Weissmetall!
Kupfer! Rotguss! Messing! Aluminium!
Nickelblei! Blei! Zink! Glästrumpfasche!
Zinnblei! Stannolpapier!
Zahngelbte. Zahn bis 1/2, 7/8, -
Platinabfälle! Gold- u. Silberbruch!
höchstzahlend. Weberstr. 31 (Telef. Alex. 643)

U. S. P. D. - 8. Distrikt.

Mittwoch, den 23. Juni, abends 7 Uhr:
3 große öffentl. Versammlungen
im Böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee,
in der Viehof-Börse, Eidenauer Straße, und in
den Prachtzäunen des Ostens, Frankfurter Allee.

Tagessordnung:
**Wann ist die U. S. P. bereit, in die
Regierung einzutreten?**

Referenten: Parteivorstandsvizepräsident Dr. Jul. Wolf,
die Abgeordneten des Reichstages Franz Ronge und Emil
Fridhorn, die Stadt- resp. Bezirksverordneten Leo Chrobak,
Paul Kuntze, Heinrich Ranschberg, Rob. Götz.
Teil der Wichtigkeit der Tagesordnung erörtern wir nachher.

Die Distriktleitung.

Karl Schneidt
spricht am Mittwoch, 23., abends 7 1/2 in der Aula des
Sophienlyceums, Weinmeisterstraße 16/17, über Thema:
Der Sieg der Reaktion.
Eintrittspreis 50 Pfennig.

DER MORD

an
Karl Liebknecht
und
Rosa Luxemburg

Mit Porträts der Ermordeten
und Bildern der Angeklagten.
115 Seiten Preis 6.- Mark

Zu beziehen von der
Buchhdlg. „Freiheit“
Breite Straße 8-9.

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Verwaltungsbüro Berlin W. 54, Albinstr. 83-85.
Sprechzeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: West-Norden 185, 1229, 1297, 9714.

Am Mittwoch, den 23. Juni, abends 7 Uhr,
im „Rosenhauser Hof“, Rosenhauser Str. 11/12,
Branchen-Versammlung
der Hobler, Bohrer, Stoher, Präser und weiblichen
Berufsangehörigen.

Tagessordnung: 1. Unser neues Tarifabkom-
men. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes

Mittwoch, den 23. Juni 1920, abends 6 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Saal 4:
Branchen-Versammlung
der Holzleger und Helfer.

Tagessordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen vom 18. bis 20. Juni
des Rohrschlägers, 2. Diskussion 3. Verhandlungsangelegenheiten,
Mitgliedsbuch legitimiert.

Achtung! Klempner. Achtung!
Am Donnerstag, den 24. Juni 1920, abends 6 Uhr,
im Bökers Ferriolen, Weberstr. 17,
Allgemeine Branchen-Versammlung
der Klempner, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Tagessordnung: 1. Vortrag. 2. Branchen-
angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert

Am Donnerstag, den 24. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr,
im „Dresdner Garten“, Dresdner Str. 45 c.
Branchen-Versammlung
der Gold- und Silberarbeiter.

Die Tagessordnung wird in der Versammlung be-
kannt gemacht. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!
Donnerstag, den 24. Juni 1920, abds. 5 Uhr
Branchen-Versammlung
der Schwarzblechschleifer
im Hof der Köpflinger, Adalbertstr. 21.

Tagessordnung:
1. Bericht des Kollegen Juch über die eblende Haltung
der Arbeitgeber, 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Donnerstag, den 24. Juni 1920, abds. 6 1/2 Uhr
Branchen-Versammlung
künstlicher Elektromonteur u. Helfer Groß-Berlins
in der Aula des Adolfinischen Gymnasiums, Juchstr. 2-5.

Tagessordnung:
1. Vortrag: Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der
Arbeiterklasse. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.
Kollegen! Guter Wille ist unbedingte Pflicht, insbesondere
sind auch die Kollegen der St. u. W. zu dieser Versammlung eingeladen.

Donnerstag, den 24. Juni 1920, abds. 7 Uhr:
Branchenversammlung
der Motoren- und Elektro-Schweizer u. Schweizerinnen
im „Reichenderger Hof“, Reichenderger Str. 147 (gegen South).

Tagessordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen betreffs Umgruppierung,
2. Branchen- und Verhandlungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Achtung! Achtung!
Beitrag des Schlichtungsausschusses!
Am Donnerstag, den 24. Juni 1920, nachm. 6 Uhr,
im Vogen-Restaurant, Kleine Auguststraße
Konferenz sämtlich. Schlichtungsausschuss-Mitglieder.
In dieser Konferenz werden die Delegationsstellen ausgeteilt.
Die Ortsverwaltung.

BOTENFRAU

Tour Chaussee-Str. 108-Oranienburger Tor-
invalidenstr. stellt sofort ein
Spedition Johannisstr. 9

Platina, Kupfer 8,-
Alte Gebisse, Messing 4,-
Goldbruch, Silberbruch, Blei 2,-
sämtliche Metalle kauft Zink 1,20
Schulzendorfer Str. 2

John Kupfer 8.25
Chaussee-Str. 110, v. l. Messing 4.25
Portal I. Invalidenstr. 142.
an der Invalidenstr.

LUNA-PARK

Sonntag	GROSS-Feuerwerk	Eintritt 4.-
Montag	Doppel-Konzert	Eintritt 2.-
Dienstag	Feuerwerk	Eintritt 1.50
Mittwoch	Doppel-Konzert	Eintritt 2.-
Donnerst.	Feuerwerk	Eintritt 1.50
Freitag	Doppel-Konzert	Eintritt 2.-
Sonnabend.	Feuerwerk	Eintritt 1.50

Heute: **Volkstag**
Doppel-Konzert.

Briefmarken, Münzen
kauft Grossmann, Johannisstr. 4
Norden 196 21

Der Reichskohlenverband auf dem Holzwege.

Von Dr. R. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

In einem Artikel „Muß die Kohle so teuer sein?“ habe ich vor drei Wochen festgestellt: Der Preis für die Tonne Ruhrkohlen betrug vor dem Kriege 12 M., gegenwärtig (ohne Zuschüsse und Steuern) 165 M.; die Arbeitslöhne pro geförderte Tonne sind von 6,20 M. auf etwa 66 M. gestiegen, die sonstigen Selbstkosten von 4,60 M. auf höchstens 60 M., die Unternehmergewinne von 1,20 M. auf mindestens 39 M.; der Arbeitslohn ist also auf etwa das 11fache, der Unternehmergewinn auf mindestens das 32fache gestiegen; Arbeitslohn und Unternehmergewinn verhalten sich nicht mehr wie 5:1, sondern wie 5:3.

Dieser Artikel ist in zahlreichen Blättern aller Parteien teils ohne Kommentar, teils zustimmend abgedruckt worden, z. B. in Berlin von der „Berliner Volkszeitung“ und der „Freiheit“, in Leipzig von der „Leipziger Zeitung“ und der „Leipziger Volkszeitung“ usw. Eine öffentliche Entgegnung habe ich nicht gesehen. Die Behebiger haben einen anderen Weg vorgezogen und durch den Reichskohlenverband das folgende Schreiben an die Sozialisierungskommission geschickt:

Reichskohlenverband. Berlin W. 6, den 1. Juni 1920, Tagebuch-Nr. 4. S. 20. Schumannstr. 19.

Sozialisierungskommission

Berlin.

Reichswirtschaftsministerium.

In Nr. 198 der „Freiheit“ vom 29. Mai 1920 befindet sich ein Artikel von Dr. R. Kuczynski mit der Überschrift „Muß die Kohle so teuer sein?“ Zweck dieses Artikels ist, rechnerisch nachzuweisen, daß der Unternehmergewinn im Ruhrkohlenbau, bezogen auf die Tonne Kohle, in den letzten Monaten weit stärker gestiegen sei als der Arbeitslohn. Grundlage dieser Berechnung ist die Behauptung:

„Heute beträgt der Arbeitslohn für die Tonne etwa 66 M.“

Diese Behauptung ist falsch. In den Monaten April und Mai hat im Ruhrrevier, auf das sich Herr Dr. R. bezieht, der Arbeitslohn je Schicht bei den verschiedenen Arbeiterkategorien zwischen 40 und 50 Mark betragen. Der Kohle je Kopf und Schicht betrug nach den letzten Ermittlungen im Durchschnitt etwa 0,5 Tonne. Auf die Tonne Kohle entfielen also durchschnittlich etwa 90 M. Lohnkosten, d. h. 36 Prozent mehr als Herr Dr. R. behauptet. Seine Berechnungen und Folgerungen sind somit unzulässig.

Wir halten uns für verpflichtet, die Sozialisierungskommission auf diesen Fehler des Herrn Dr. R. aufmerksam zu machen. Nicht, weil es der einzige Fehler in seinem Artikel ist, noch weil es die einzige in der Öffentlichkeit erhobene unzutreffende Behauptung über die Kohlenpreisbildung ist, noch auch, weil sie diesmal von einem beamteten Statistiker ausgeht. Vielmehr deshalb, weil sie von einem Mitgliede der Sozialisierungskommission dieser Gesellschaft zur wissenschaftlichen Vorbereitung der Neuordnung der Wirtschaft der deutschen Volkswirtschaft, herabsetzt, obwohl dieses Mitglied nachweislich zugegen war, als in der Sozialisierungskommission Kohlenfachverständliche auch in dieser Frage benannt wurden und die amwesenden Bergarbeitervertreter selbst die vorgegebenen Durchschnittslohnkosten von 40 bis 50 M. je Schicht, also rund 90 Mark je Tonne Kohle, angaben.

Abdrück dieses Schreibens haben wir dem Herrn Reichswirtschaftsminister, dem Herrn Reichsarbeitsminister und dem Herrn Staatssekretär in der Reichskanzlei zugehen lassen.

Reichskohlenverband

ges.: Stuy. Reil

Die Sozialisierungskommission mußte es schon im Hinblick auf den unannehmbaren Ton dieses Schreibens ablehnen, näher darauf einzugehen, ganz abgesehen davon, daß es nicht ihre Aufgabe ist, zu einem beliebigen Artikel eines

ihrer 25 Mitglieder zustimmend oder ablehnend Stellung zu nehmen. Ich selbst muß es mir aus Raumrücksichten verweilen, und will es einem Satiriker überlassen, eine Situation näher auszumalen, deren Komik darin liegt, daß der Reichskohlenkommissar Stuy, der in der großen Deffentlichkeit als der Mann gilt, der, wie kein zweiter, die Interessen der Kohlenverbraucher zu vertreten hat, in seinem, nur Eingeweihten bekannten, Nebenberuf als Vorsitzender des Vorstandes des Reichskohlenverbandes (Gesellschaft der Syndikate) sich — bloß weil ich die Möglichkeit einer Kohlenpreisermäßigung bewiesen habe — „für verpflichtet hält“, mich der Sozialisierungskommission als einen Menschen anzugeigen, der fahrlässig oder eigentlich wider besseres Wissen falsche Behauptungen aufstellt und diese Anzeiger dem Herrn Reichswirtschaftsminister, dem Herrn Reichsarbeitsminister und dem Herrn Staatssekretär in der Reichskanzlei (warum wohl auch dem?) zugehen läßt.

Weil Herr Albert ein sehr verlässlicher Reaktionsär ist und Herr Stuy sich von dieser Denunziation Erfolg verspricht. (Anm. d. Redaktion.)

Nur Sache selbst habe ich zu bemerken: Der Reichskohlenverband bestreitet etwas, was ich nie behauptet habe. Er verwechselt Lohn für eine geförderte Tonne und Lohn für eine abgesetzte Tonne. Diese Verwechslung ist um so erstaunlicher, als die Frage, ob der Lohn pro geförderte Tonne oder pro abgesetzte Tonne berechnet werden soll, gerade in den letzten Monaten einen so breiten Raum in den Verhandlungen zwischen Reichskohlenverband und Reichswirtschaftsministerium und auch bei der Vernehmung der Behebiger durch die Sozialisierungskommission eingenommen hat. Nun kann es für den wünschlichen Betrachter gar keinem Zweifel unterliegen, daß nur die Berechnung des Lohns pro geförderte Tonne zu brauchbaren Ergebnissen führt, da es für die Lohnstatistik unerheblich ist, wieviel von der geförderten Kohle abgesetzt, wieviel von den Fachen selbst verbraucht, wieviel auf den Solden geblieben ist usw. Den gleichen Standpunkt hat die amtliche Statistik von jeher eingenommen und bis vor kurzem haben auch die Behebiger keinen anderen Vorschlag als die geförderte Tonne anerkannt. Selbstverständlich ist es aber für das Verhältnis von Arbeitslohn und Unternehmergewinn gleichgültig, ob man die geförderte oder die abgesetzte Tonne zugrunde legt.

Der Reichskohlenverband gehe daher nicht länger um den heißen Brei herum, sondern beantworte ehrlich die beiden folgenden Fragen:

- 1. Ist es wahr, daß der Arbeitslohn pro geförderte Tonne Ruhrkohlen im April/Mai 1920 etwa 66 M. betrug?
2. Ist es wahr, daß sich Arbeitslohn und Unternehmergewinn im Ruhrkohlenbau im April/Mai 1920 wie 5:3 verhielten?

Nachdem dieser Artikel bereits geschrieben war, erschien am 17. Juni in einer großen Zahl von Blättern (z. B. „Germania“, „Post“) ein Aufsatz „Zur Frage der Kohlenpreise“, der mit den Worten begann: „Den Politisch-Parlamentarischen Nachrichten wird von zuständiger Stelle geschrieben: Man dürfte gespannt sein, wie sich die zuständige Stelle — dies konnte ja nur das Reichswirtschaftsministerium oder das Reichsarbeitsministerium sein — zu dem Streit Reichskohlenverband-Kuczynski stellen würde. Je weiter man aber den Aufsatz las, desto größer wurden die Zweifel an der Echtheit der Zuschrift, denn die Beweisführung bewegte sich ganz im Fahrwasser des Reichskohlenverbandes. Daß es sich um eine Mystifikation handelte, und daß der Artikel unmöglich von einer zuständigen Stelle stammen konnte, ergab sich aber mit aller Deutlichkeit aus dem Schlussatz. Er begann nämlich mit den Worten: „Die Preispolitik der letzten Monate wird verantwortlich ge-

tragen vom Reichskohlenverband, und in letzter Instanz vom Reichswirtschaftsministerium; diese beiden Stellen sind an den Gewinnergebnissen uninteressiert.“ Der Reichskohlenverband an den Gewinnergebnissen uninteressiert? Der Reichskohlenverband, den Kuczynski mit Recht als Geschäftsführer der Syndikate bezeichnet? Wer war denn nun aber der Verfasser des Aufsatzes? Die Lösung des Rätsels findet man in der „Dresdener Volkszeitung“ Nr. 137, wo zu derselben Stunde wie in den anderen Zeitungen am 17. Juni der gleiche Aufsatz erschien, hier aber gezeichnet von S. Köppler, M. d. R. Wer ist S. Köppler? Er ist — Vorstandsmitglied des Reichskohlenverbandes.

Die Arbeitslosenfrage.

Die Not der Arbeitslosen ist grenzenlos. Das Heer wird täglich größer. Alle ihre Forderungen wurden bis jetzt entweder von der Regierung abgelehnt, oder dilatorisch behandelt, so daß sich der Arbeitslosenrat Berlin und die Delegierten den letzten Gewerkschaftenkongress (Reichsausschuß) um Hilfe an die Gewerkschaftskommission, die Betriebsrätezentrale, die Parteivorstände der U. S. P. D., S. P. D., R. P. D. und A. P. D. sowie an die Afa wandten. Am Freitag, den 18. Juni, trafen nun im Sitzungssaal der Betriebsrätezentrale, Berlin, Mühlstr. 24, Vertreter der vier erstgenannten Körperschaften zu einer Sitzung zusammen. „S. P. D.“ und „Afa“ waren nicht erschienen.

Es wurde die immer brennender werdende Frage der Arbeitslosigkeit besprochen und über einen Weg zu ihrer Abschaffung beraten. Alle amwesenden Vertreter waren sich darüber einig, daß die Arbeitslosenfrage eine Frage des gesamten Proletariats und der Gesellschaft sei, und daß dementsprechend bei dem bestehenden Elend der Arbeitslosen und dem in Aussicht stehenden der täglich arbeitslos werdenden die Gesamtheit des Proletariats zur Abschaffung dieses Elends beitragen muß. Hierzu sollen die Gewerkschaftskommission, die Betriebsrätezentrale und die proletarischen Parteien gemeinsam die nötigen Vorbereitungen auf dem schnellsten Wege treffen.

Die von der Betriebsrätezentrale vorgelegten Forderungen gelten als Basis. Die Aktion ist über das ganze Reich zu entwickeln.

Es sollen Massenversammlungen einberufen werden. Arbeitslose und Betriebsräte sollen gemeinsam die zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit notwendigen Maßnahmen festlegen.

Arbeitsgemeinschaft oder Klassenkampf.

Von unserer Seite ist von allem Anfang die Idee und die Praxis der Arbeitsgemeinschaften aufs Schärfste bekämpft worden. Wir haben in der Bereitwilligkeit der Unternehmer, die Arbeitsgemeinschaften mit den Arbeitern einzugehen, eine kluge Anpassung an die allgemeine Entwicklung mit dem allerdings sorgfältig verborgenen und nur in der Praxis zulogte treulichen Sande der Arbeiter, und Arbeitsgemeinschaften auf die kapitalistische Produktion zu setzen. Der Gedanke der Interessengemeinschaft von Kapital und Arbeit sollte über den Klassenkampf triumphieren.

Die rechtssozialistischen Gewerkschaftsführer haben damals bedenkenlos die Arbeitsgemeinschaften angenommen und haben daraus sogar mit der ihnen eignen berufswissenschaftlichen Ideologie noch einen Fortschritt festgesetzt. Aber die Erkenntnis über die völlig unfajzialistische bürgerlich-reformistische Idee der Arbeitsgemeinschaften hat unter den Gewerkschaftsmittgliedern reichende Rückkehr gehalten und heute kämpfen die Gewerkschaftsführer für die Arbeitsgemeinschaften auf einem verlorenen Posten. So schreibt das Organ des Zentralverbandes der Zimmerer „Der Zimmerer“ in seiner Nr. 2 vom 19. Juni:

Die Arbeitsgemeinschaft wird von starken Teilen der Arbeiterschaft abgelehnt, weil man erkannt hat, daß sie eine hauptsächlich von der Schwerindustrie geschaffene Einrichtung ist, um unter sozialem Deckmantel privatkapitalistische

Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Anzengruber.

Sie hatte die Kiste der Treppe zurückgelegt, da ward es unten lebendig; sie hörte in rascher Aufeinanderfolge einen Aufschrei, ein dumpfes Schellen, einen Brüll gegen die Mauer, wie von einem Steinwurf, und das Angstgeschrei des Hundes; dann kam Lieder die Stufen hinaufgejagt, fuhr an ihr vorbei, unaufhaltbar über den Flur und hinaus in den Hof.

Helene stieg rasch und vollends hinab und trat in das Kellergerwölbe.

Kast wäre ihr wieder aller Mut gesunken. Sie fand sich allein in dem weiten Raume. Die Wände, die Umrisse der Häcker und wenigen Gerätschaften, die da untergebracht waren, schwannten in dem unsicheren Lichte der Kerze, die sie in zitternder Hand hielt, und vom anderen Ende her, nahe der Mauer, blinkte ein Licht aus einer Laterne, die stand an der Erde, und aus dieser wuchsen zwei Söller, mit einem Euerbalken verbunden, wie man den Galgen aufgemalt sieht.

Nun schaute es von dortber, eine Hand erhob sich aus dem Boden und ein Kopf mit ergrauendem Haar, auf einem Stiernacken sitzend...

Da war es vorbei mit all und jedem Spuk, der Galgen war das Ende einer Leiter, die über eine Grube herausragte, an deren Rande stand die Laterne, und nahe auf einem Hügel ausgehobener Erde lag ein Grabhügel und bis zu den Schultern hoch der alte Sternsteinhofer da in der Tiefe und Klug mit dem Eisen gegen die Mauerhaken Steine des Grundmauerwerkes.

Was für ein Ableben hatte er damit? Knapp hinfutretend, fragte die Bäuerin: „Was machst denn da?“

„Jesus, Maria,“ achte der Alte, zugleich sanken ihm die Arme und entglitt ihm das Werkzeug, er taumelte rücklings gegen die Wand und starrte, wie irr und verloren, nach Helene.

„Ich frag, was du da machst?“ wiederholte die. Indessen hatte er den läben Schreck verwunden. Er

lächelte sie boshaft an. „Was ich da mach,“ mocht’st wissen?“

„Ja.“ „Sag! Gehel! Was ich da mach, — was ich da tu?“ „So, hebe,“ — er sagte das unter einem verlegenen Lachen, gleich dem eines Knaben, der über einem Streich ertappt wird, auf dessen Überlegenheit er sich etwas zugute tut, — „no, ’s Glüd grab’ ich euch da aus.“

Helene sah ihn mit großen, verständnislosen Augen an. „In welcher Weis,“ meinst wohl?“ fuhr er fort, und jah mit zwinkernden Lidern zu ihr auf, den offenen Mund verziehend, daß die blanken Zähne zum Vorschein kamen.

„Mein Sternstein hol’ ich mir aus ’m Grundmauer.“ „Du Dieb, du pflichtvergeßener Dieb!“ schrie das Weib. „Das wirst du bleiben lassen! Das Haus ist unser, wie’s liegt und steht, und daran zu rühren hast du kein Recht nimmer. Es is nit um ’n Sternstein, daß du’s nur weißt, gar nit, aber ’s ganz Gebäu konnt’ ein’m über’m Kopf z’ammstürzen, wann du’s untergrabst. Gleich steigt h’raus!“

„Wie ich mich schon eil, weil du’s sagst!“ „Vor d’ Gräb’ kann dich das bringen, verstehst?“ „Vor d’ Gräb’, meinst?“ höhnte er und hob die Haue und führte einen Schlag, der im Gewölbe widerhallte.

„Galt’ ein wenig noch ein,“ rief die Bäuerin, „nur paar Wort’ hör’ an! Du denkst, vor’n Richter brädest wir’s wohl nit, um uns selber kein’ Schand’ z’ machen, und daren kannst Recht hab’n, aber ich weiß da viel kürzern Prozeß z’ machen.“

„Golt’ leicht ’n Loni,“ lachte der Alte, „schau’n dann halt zwei zu.“

„Ich bin keine, die sich mit selb’n z’helfen weiß.“ Damit nahm sie rasch die Laterne vom Boden auf, löste das Licht, nahm dann die Kerze heraus und warf sie weit im Bogen hinter sich nach einer Ecke. „Sol No, sei g’weil und steig’ h’raus und komm’ mit; für heut’ in der Finstern wirst wohl ’s Suchen einstellen müssen, und daß d’ weber morgen noch sonst ’n Tag wieder damit anhebt, werd’ ich ’n Keller fortan versperrt halten und d’ Schlüssel zu mir nehmen.“

Der alte Mann erwiderte nichts, er lehnte reglos und sprachlos an der Mauer, als ihm aber vor ohnmächtiger Mut Tränen in das Auge traten, da bera er bläulich das

Gesicht zwischen den Händen und begann bitterlich zu weinen.

Erstaunt trat die Bäuerin einen Schritt näher. „Bist du ein Kind? Sei doch nit einfältig wie ein solch’s, das man sein’ Bosheit nit ausüben laßt. War dein Führer was anderscht? Denk’ du dran, wie der Sternsteinhof noch nit so benannt war und du, noch jung, ihn von dein’m Vatern übernommen hast, wenig größer und reicher als hundert andere, daß er dergelt ein’s von d’ größten Knechten im Land vorstellt, verdankt er deiner Arbeit und dein’m Wirtschaften, und bist wöllt’st du mit selbeigenen Händen, was die aufbaut, niederreißen? Das vermocht’st du, während ich kein’ andere Sorg’ kenn: als daß der Loni sich oder z’zehren wie z’mehren an’schickt, und kein’ andern Gedanken hab’: als wenigst all’s so z’ammz’halten, daß amal der künft’g’ Eigner kein’ Furden Grund, kein’ Stück Vieh, kein’ Riegel af’m Dach minder vorfindt, wie du dein’m Sohn, sein’m Vatern, übergeben hast! Du sollt’st dich wohl vor mir — ein’m Weib — schämen, wann d’ schon d’ Glüd’ nit fürcht’st, vom Haus z’nehmen, was ihm Glüd’ g’bracht hat und, wie d’ selber glaubst, noch bringt!“

Die Bäuerin schien denn doch, trotz ihrer Leichtfertigen Red’ von vorhin, etwas von den guten Eigenschaften des „Sternsteins“ zu halten.

Der Alte stand noch immer, gesenkten Hauptes, in der Grube, jetzt schaute er auf und murmelte: „Weder, daß ich mich scham, noch a Sübd’ fürcht’, aber“ — er presste es zwischen den Zähnen hervor — „geh voran!“

Die Sprossen der kurzen Leiter standen weit von einander ab und mit seinen wankenden Weinen half er sich mühselig genug daran empor. „Rührt’ mich nit an,“ krie er, als Helene den Arm nach ihm ausstreckte.

„Sei nit töricht,“ sagte sie, „loß dir helfen. Es a’kriecht dir nit z’Vieh, noch z’Schimpf. Dir steht noch von vorhin der Schred’ in ’n Gliedern und d’ wöll’n nit vorwärts, ich aber hab’ da mehr kein’ Zeit zu verpassen und auch du wirst froh sein, wann d’ vom Ort kommst.“

Nachdem sie ihm aus der Grube geholfen, nahm sie Haue, Grabhügel und Laterne an sich und schritt voran; auf der Kellerstufe hielt sie die Kerze etwas hinter sich und machte den Alten auf schabhafte Stufen aufmerksam.

(Fortsetzung folgt.)

Interessen zu fördern. Mittels geringer Lohnaufbesserungen haben sich die Unternehmer die Hilfe der Arbeitervertreter in der Arbeitsgemeinschaft mit wenigen Ausnahmen gesichert und benutzten diese dann geschickt gegenüber der Regierung, um Preisveränderungen durchzusetzen, die weit über das Maß des Notwendigen hinausgehen. So wird der Arbeiter als Verspann kapitalistischer Interessen zum Schaden der Allgemeinheit und unseres Volkswirtschaftslebens mißbraucht.

Das mögen sich die Vertreter der Arbeitsgemeinschaften unter die Nase reiben. Aber diese praktische Wirkung der Arbeitsgemeinschaftspolitik läßt keine theoretische Spitzfindigkeit hinweg, heile sie nun „Befreiung der nationalen Wirtschaft“ oder „Industriedemokratie“. In dieser Gemeinschaft sind die Arbeiter die Capitulanten.

Angestelltenversicherung.

Das Gesetz über die Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung ist infolge der Druckschwierigkeiten in der Reichsdruckerlei erst jetzt im Reichsgesetzblatt veröffentlicht worden. Trotzdem ist die Erhöhung der Versicherungsgrenze auf 15 000 Mk. Jahreseinkommen mit dem 1. Mai d. J. in Kraft gesetzt worden. Es sind also sowohl für diejenigen Angestellten, die infolge Erhöhung ihres Einkommens auf 7000 Mk. aus der Versicherungspflicht ausgeschieden waren, wie für solche Angestellte, die bisher überhaupt noch nicht versichert waren. Beiträge für Mai nachzuschlagen. Neue Beitragsklassen sind nicht aufgestellt worden, so daß auch für alle Einkommen von 5—15 000 Mk. Monatsbeiträge von 2600 Mk. zu zahlen sind. Sollen Angestellte infolge des Ueberstehens der bisherigen Versicherungsgrenze während einiger Zeit nicht versicherungspflichtig gewesen sein, so gehen trotzdem die Ansprüche aus den früheren Beitragszahlungen nicht verloren. Allerdings werden die Monate, für die hiernach Beiträge nicht entrichtet sind, auf die Wartezahl nicht angerechnet. Es ist daher, insbesondere, wenn es sich um eine längere Zeit handelt, den Angestellten zu empfehlen, für die versicherungsfreien Monate freiwillige Beiträge zu entrichten. Werden diese mindestens in Höhe des letzten Pflichtbeitrages gezahlt, so gelten sie als Pflichtbeiträge.

Wichtig ist noch eine Bestimmung des neuen Gesetzes, die zwar in den letzten beiden Wochen schon mehrfach, aber doch nicht ganz unmißverständlich in der Presse behandelt worden ist. Sie bezieht sich auf die Befreiung von der eigenen Beitragsleistung auf Grund einer privaten Lebensversicherung. Die Befreiung kann nur solchen Angestellten zugestanden werden, die bisher überhaupt noch nicht in der Angestelltenversicherung versichert gewesen sind, also in der Regel denjenigen Angestellten, die beim Eintritt in den Beruf sofort mehr als 5000 bzw. 7000 Mk. Einkommen hatten.

Angestellte dieser Gruppe können den Antrag auf Befreiung von der eigenen Beitragsleistung (der Arbeitgeber bleibt trotzdem zur Zahlung der Beitragsanteile verpflichtet) bis zum 1. September d. J. stellen, jedoch nur dann, wenn die Versicherungsprämie mindestens 150,000 Mk. jährlich beträgt und der Abschluß des Vertrages bis zum 30. Juni d. J. beantragt worden ist.

Nächste Auskunft erteilt der Berliner Ortsausschuß der Vertrauensmänner für die Angestelltenversicherung, W 8, Kumbacherstraße 311 (Sprechstunden: Montag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend von 10—12 Uhr, Dienstag, Freitag von 4—6 Uhr).

10. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Dritter Verhandlungstag.

Die Diskussion über den Vorstandsbericht wird fortgesetzt. Rader-Weipzig wendet sich gegen Döschers. Die Opposition richtet sich nicht gegen einzelne Beamte, sondern gegen das ganze jetzige Gewerkschaftssystem (siehe hierzu) Welche Kreise der Teilnehmer des Kongresses urteilen über die Opposition, ohne deren Ziele zu kennen. Der „Korrespondent“ hat ja die Richtlinien gegeben, wie mit der Opposition zu verfahren sei. Die Opposition lasse sich nicht mit gewalttätigen Mitteln unterdrücken. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird mit 62 gegen 68 Stimmen angenommen.

Ebel-Vorlin berichtet hierauf über die Tätigkeit der Redaktionskommission. Zur Resolution Kotte bemerkt der Redner, daß es hier auf eine klare Entscheidung ankomme. Die Kommission habe der Generalversammlung folgenden Vorschlag zu unterbreiten:

„Die Generalversammlung stellt nach ausgiebiger Ausdeutung über den Geschäftsbericht des Verbandes fest, daß der Verbandsvorstand nach Lage der Verhältnisse seine Aufgaben und Pflichten voll erfüllt hat und spricht ihm das Vertrauen aus.“

In längeren Ausführungen begründet Redner die Umänderung des Antrages Döschers, der in folgender Kommissionsfassung wiedervorliegt:

„Die Generalversammlung stellt mit Genehmigung fest, daß sich die Buchdrucker in voller Einmütigkeit an dem Generalstreik im März zur Aufrechterhaltung der revolutionären Organisationsformen beteiligen haben.“

Um für die Zukunft einheitliche Maßnahmen treffen zu können, wie bei ähnlichen Gelegenheiten die erforderliche Aufsichtung der Öffentlichkeit gewährleistet werden kann, bringt die Generalversammlung zum Ausdruck, daß bei ähnlichen, von der Generalleitung der Gewerkschaften eingeleiteten Aktionen von den Zentralstellen bzw. von den von diesen zur Leitung der Bewegung eingesetzten Instanzen bestimmt wird, welche Proherzeugnisse und Publikationen zur Bekämpfung der gegenrevolutionären Bestrebungen herzustellen sind.

Die Generalversammlung verurteilt aus entschiedenster die im letzten Jahre wiederholt erfolgten Verbote von Zeitungen. Sie erklärt, daß die uneingeschränkte Pressefreiheit gewahrt werden muß. Jede Beschränkung der Pressefreiheit führt zur geistigen Knechtung und bedeutet einen Kulturrückschritt.

Die in letzter Zeit in die Erscheinung getretene Verkümmung des Zeitungsgewerbes durch die Schwendeltrick liegt nicht im Interesse der Pressefreiheit. Diese Monopolisierung führt zu einer einseitigen Beeinflussung der öffentlichen Meinung im kapitalistischen Sinne. Die letzten Endes eine Demokratisierung des Zeitungsgewerbes im Gefolge haben muß und auch für die Arbeiterkraft des Zeitungsgewerbes die größten Gefahren in sich birgt.

Kotte-Vorlin verteidigt in seinem Schlußwort noch einmal seine Resolution und betont die Notwendigkeit der Zusammenfassung der Arbeiterschaft in Industrieverbänden auf der Grundlage des Rätesystems. Tariftgemeinschaft auf der einen und Klassenkampf auf der anderen Seite werden sich gegenüber.

Grahmann-Vorlin (Vertreter des A. G. B.) wendet sich nochmals gegen die Resolution Kotte.

Als Antragsteller der Resolution zur Pressefreiheit erhält hierauf Döschers-Weipzig das Wort und bemerkt, daß die Diskussion ein tiefgründiges Eingehen auf die Frage der Pressefreiheit völlig vermissen ließ. Es herrsche noch allenthalben die bürgerliche Auffassung über das Wesen der Pressefreiheit vor. Die abgeänderte Resolution der Redaktionskommission enthalte einen Widerspruch in sich. Im ersten Absatz wolle sie die Presse in offener Kampfen unter eine Diktatur Regens stellen und durch den Allgemeinen Gewerkschaftsbund bestimmen lassen, welche Zeitungen erscheinen sollen, und im zweiten Teile der

Resolution würden die Verbote von Zeitungen auf entschiedenste beurteilt, die uneingeschränkte Pressefreiheit unter allen Umständen gewährleistet. Das seien unvereinbare Widersprüche, die sich nur erklären ließen aus der Gegnerschaft zur revolutionären Presse. Döschers bittet, der klaren Fassung seiner Resolution zuzustimmen.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen erfolgt die Abstimmung über die vorgelagten Resolutionen. In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag Kotte „Resolution zum Vorstandsbericht“ mit 114 gegen 2 Stimmen abgelehnt und der Vorschlag der Kommission, gegen 34 Stimmen angenommen. Der Antrag Döschers-Weipzig „Resolution zum Vorstandsbericht“ wurde in namentlicher Abstimmung mit 43 gegen 110 Stimmen abgelehnt und dagegen der Vorschlag der Kommission zum Antrag Kotte gegen 30 Stimmen angenommen.

Es wird weiter eine Protesterklärung gegen den Reichspostminister Giesberts angenommen, die die Einstellung gelehrter Arbeiter in die Postschiff- und Fahrkartendruckerien fordert. Ein Antrag der Organisation Raderburg fordert die Sozialisierung des Holz- und Papiergewerbes. In der einleitenden Diskussion wird die Papierverfälschung und der Papierwucher eingehend behandelt.

Schmitt-Vorlin weist daraufhin, daß die Sozialisierung der Papierverfälschung nicht losgelöst von den anderen Wirtschaftszweigen erfolgen könne.

Grahmann-Vorlin (A. G. B.) berichtet über Verhandlungen im Gewerkschaftsbund, die mit Hilfe der Betriebsräte die Erdoberfläche des Schleichhandels bezwecken. Redner schlägt eine Ueberwachung der Papierverfälschung mit Hilfe des Fabrikarbeiterverbandes vor.

Gah (Lithographen und Steinrunder) macht Mitteilungen aus den jüngsten Verhandlungen im Reichsgewerkschaftsministerium über die Beratungen betr. Aufhebung der Preisangebotsbindung des Papiers. Die Arbeitervertreter hätten verlangt, an der Preisbindung beteiligt zu sein. Ein Antrag Raffini-Vorlin verlangt von dem Vorstand des Verbandes die Ausarbeitung einer Vorlage über die Sozialisierung der Papierverfälschung. Schmitt-Vorlin fragt an, ob in den Arbeitsgemeinschaften die hohen Dividenden Gegenstand der Verhandlungen gewesen seien.

Vierack-Vorlin stellt fest, daß er in der Redaktionskommission infolge der Bereinigungen der Gegenseite nicht mehr mitarbeiten könne. (Hörl. Hör!)

Ebel-Vorlin, weist die Bemerkung zurück.

Nachmittags Sitzung.

Es wird in die Behandlung des Punktes 2 der Tagesordnung eingetreten. Fülle-Vorlin (Verbandsvorstand) spricht über die Abänderungsanträge zum Statut betr.

Reorientierung und Mitbestimmungsrecht.

Alle Anträge forderten die Abstimmung. Es lasse sich noch nicht sagen, ob der Verfall gemittelter politischer Parteien zur Bildung einer beliebigen Gewerkschaftspartei führen werde. Redner hält den in den Anträgen geforderten Verbandsaufschuß und Beitritt für überflüssig. Die Tariftgemeinschaft in der bisherigen Form gelte der Besichtigung an. Man soll jedoch die gemachten Erfahrungen berücksichtigen. Redner schildert die Schwierigkeiten der Sozialisierung und betont die Notwendigkeit des einigen Zusammengehens der Arbeiterschaft. (Beifall.)

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, im Zusammenhang mit diesem Tagesordnungspunkte über die Arbeitsgemeinschaft und den Zusammenschluß der graphischen Organisationen zu diskutieren. Döschers-Weipzig erhält hierauf das Wort zum Korreferat und spricht ausführlich über

Arbeitsgemeinschaft und Industrieverband.

Wittcher-Weipzig führt in seinem Korreferat über Arbeitsgemeinschaft und Industrieverband aus: Die Arbeitsgemeinschaft werde von den Zentralvorständen schon deshalb als notwendig angesehen, weil sie dort beobachtet werden könne, was die Unternehmer gegen die Arbeiterschaft vorhaben. Der Arbeiterschaft sei aber nicht damit geholfen, wenn die Zentralvorstände in den Arbeitsgemeinschaften leben, wie die Unternehmer deauf und bran sind, den Arbeitern das Fell über die Ohren zu ziehen. Redner geht auf die Widersprüche ein, die sich aus der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften ergeben, und bemerkt, daß es auch nicht darauf ankomme, zu wissen, daß das Volk betrogen werde, sondern den Betrug abzuwehren. In den Arbeitsgemeinschaften liege ein unerhörtes Vorkriegszeugnis. Zur Sozialisierung bemerkt der Redner, es beständen zwei Auffassungen über die Möglichkeit der Sozialisierung. Einmal die, daß man erst nach der Wiedererstarkung des Kapitalismus sozialisieren müsse, und dann die, daß man sofort zur Sozialisierung schreiten müsse, wenn man überhaupt zum Neuaufbau der Volkswirtschaft kommen wolle. Es sei ein Unterschied, ob man die Sozialisierung in wirtschaftlichen und staatlichen Organen erschließen wolle durch Reichheitsbeschlüsse oder ob man zu ihrer Durchführung die breite Masse des werktätigen Volkes aufreife. Die verflochtenen Wahlen seien der Ausdruck der Wiedererstarkung des Kapitalismus. An dieser Wiedererstarkung des Kapitalismus und damit der Stärkung der Reaktion tragen die Vertreter der Arbeitsgemeinschaften, die Zentralvorstände und der Gewerkschaftsbund die historische Schuld. Wenn man die Ueberführung der kapitalistischen Privatwirtschaft in Gemeinwirtschaft durchzuführen wolle, so komme man aus den politischen und wirtschaftlichen Verhandlungen der Epochenorganisationen zu den Kämpfen auf dem Schlachtfelde der sozialen Revolution. Dazu brauche man als Kampforgan die revolutionären Betriebsräte. Darum fordern wir den Industrieverband auf der Grundlage des Betriebsrätegesetzes. Der Verbandstag habe es in der Hand, die Buchdrucker wieder zu den Pionieren der Arbeiterschaft zu machen. Wenn wir diesen Industrieverband schaffen, dann haben wir ein Organ, mit dessen Hilfe wir das kapitalistische System stürzen und den Neuaufbau im sozialistischen Sinne durchführen können. Redner schließt unter lebhaftem Beifall mit dem Hinweis, daß die Opposition nichts von ihren Grundthesen preisgeben werde.

Vierter Verhandlungstag.

Rürnberg, 17. Juni 1920.

Seit-Vorlin eröffnet die Diskussion über die Referate Fülle-Vorlin und Döschers-Weipzig und bemerkt, Döschers habe versucht, in sachlicher Weise das schwierige Problem zu erfassen. Döschers-Weipzig stellt richtig, daß er nicht die Herbeiführung des Bürgerkrieges gefordert habe.

Kotte-Vorlin verteidigt in seinen Darlegungen nochmals den Standpunkt der Opposition über die Arbeitsgemeinschaften. Es müsse endlich verstanden werden, mit den anderen Arbeitern in revolutionären Kämpfen zusammenzugehen. — Schmitt-Vorlin: Innerhalb des kapitalistischen Systems bestehe keine Möglichkeit, Einfluß auf die Produktion zu gewinnen. Es dürfe kein Friede geschlossen werden mit dem Kapital in den Arbeitsgemeinschaften. Die Betriebsräte müßten die Träger der künftigen Entwicklung sein. — Sitzleitung-München geht auf die lokalen Ereignisse in München ein und versucht nachzuweisen, warum die Betriebsräte in München scheitern mußten.

Raffini-Vorlin: Die geistigen und materiellen Interessen der Mitglieder müßten unter Ausschluß aller parteipolitischen und religiösen Fragen gewahrt werden. Es könne aber vom Verband verlangt werden, daß er die Mitglieder zum Sozialismus erziehe. Der jetzige Zustand in Berlin könne nicht weiter bestehen. Unter lebhaftem Widerspruch versucht der Redner, Däumig gegen die Gewerkschaften zu zitieren. Redner wendet sich zum Schluß gegen die Schaffung eines Verbandsausschusses. Engelmeier-Vorlin tritt für den Industrieverband ein. Der Kapitalismus müsse in den Produktionsstätten bekämpft

werden. Das Ueberführungswesen müsse vom Klassenkampf getrennt werden. — Fülle-Vorlin: Die Lösung des Sozialismus könne keine gleichmäßige, sondern müsse eine organische sein. Innerhalb der Gewerkschaften könne es aber nicht bleiben wie bisher. Es müsse mehr wie bisher der sozialistische Gedanke betont werden.

Schäffer-Weipzig (Korrespondent) bemerkt, daß er sich materiell und ideell mit den Ausführungen Döschers einverstanden erklären könne, soweit sie sich nicht auf parteipolitischen Gebiet bewegten. In dem Problem einer Berufsgemeinschaft habe er den Kollegen den Weg aus dem Kapitalismus zu zeigen versucht. Redner legt der Generalversammlung eine programmatische Erklärung vor, die die Durchführung der Gemeinwirtschaft im graphischen Gewerbe fordert. — Keman-Vorlin betont, daß viele Redner nicht im Sinne ihrer Mitgliedschaften gesprochen hätten. Dies geizten besonders verschiedene Anträge, die ganz anders lauteten als das, was die Vertreter dieser Mitgliedschaften hier ausgesprochen hätten. — Klein-Vorlin verlangt praktische Arbeit. Rader-Vorlin (Verbandsvorstand) polemisiert gegen die Ausführungen Fülle. Waldrecht-Vorlin behandelt die durch den Krieg hervorgerufene Not, während Lampe-Vorlin darauf hinweist, daß die künftige Entwicklung nur im Rahmen des Industrieverbandes und der wirtschaftlichen Mäße sich vollziehen könne.

Gah-Vorlin (Lithographen und Steinrunder): Die Arbeitsgemeinschaft sei eine Tasse, sie sei ein Kind des niedergetretenen Deutschlands. Der Verband der Lithographen und Steinrunder sei ursprünglich der Meinung gewesen, daß über den graphischen Bund hinausgegangen werden müsse. Die Generalversammlung der Buchdrucker solle eine Arbeitsgemeinschaft zum Kampfe gegen das Unternehmertum schaffen. Mit dem Selbstbestimmungsrecht beim Abschluß von Tarifverträgen seien in dem Verband der Lithographen und Steinrunder die besten Erfahrungen gemacht worden.

Fülle-Vorlin (Buchbinderverband): Seit drei Jahrzehnten bemühe sich der Buchbinderverband um das Zustandekommen des Industrieverbandes. Die Unternehmer hätten sich zu einem Kartell der Papierverarbeitenden Industriellen zusammengeschlossen. Die Generalversammlung müsse grundsätzlich beschließen, daß ein Verband der Papierverarbeitenden Industriearbeiter geschaffen werde. Es müßten Reichstarife abgeschlossen werden. Den Nutzen, den wir in der Arbeitsgemeinschaft zu finden glaubten, haben wir nicht gefunden. Wir haben beobachtet müssen, daß die Unternehmer sich nicht an die Befehle der Zentralarbeitsgemeinschaft gehalten haben. Redner weist dies an einigen Beispielen nach. Die Unternehmer hätten erklärt, daß sie an einer Arbeitsgemeinschaft, die ihnen nur Pflichten auferlege, kein Interesse hätten. Der Buchbinderverband werde jedenfalls einen Beschluß fassen, aus der Arbeitsgemeinschaft auszutreten. (Beifall.)

Nachmittags Sitzung.

Seit-Vorlin verliest einen Antrag Ebel, der die Zusammenfassung aller graphischen Organisationen für eine Notwendigkeit erklärt. Fülle-Vorlin (Buchdrucker-GHSArbeiter) weist darauf hin, daß schon seit Anfang der 1870er Jahre die Bewegung von den ungelerten Arbeitern der Zusammenfassung zum Industrieverband gefordert werde. Redner schildert eingehend die tariflichen und gewerkschaftlichen Verhältnisse unter den Hilfsarbeitern.

Grahmann-Vorlin (A. G. B.) bemerkt, daß er der Schaffung eines graphischen Industrieverbandes sympathisch gegenüberstehe. Man müsse jedoch die Dinge ausreifen lassen. Redner verteidigt die Arbeitsgemeinschaften und polemisiert gegen die Ausführungen Döschers. Unsere Wirtschaft sei so herunter, daß man nicht an die Sozialisierung denken könne.

Ebel-Vorlin begründet in längeren Ausführungen seinen Antrag auf Zusammenschluß der graphischen Arbeiter. — Schweinig-Vorlin (Verbandsvorstand) weist darauf hin, daß seine Resolution auf dem bereits Befehlenden weiterarbeite und bitte um ein Zusammenarbeiten. — Pfingsten-Hannover spricht sich für Erhaltung der Arbeitsgemeinschaften aus. — Riedler-Vorlin führt aus, daß die Opposition nicht auf den Verbandstag gekommen sei, um Konzeptionen in Empfang zu nehmen, sondern um grundsätzliche Klärung zu schaffen. Sie werde nach wie vor im Rahmen des Verbandstatuts für die Organisation arbeiten, darüber hinaus aber für die Weiterentwicklung ihrer Ideen sorgen. Redner wendet sich gegen die Schaffung des graphischen Bundes und fordert den Aufbau der Organisation von unten. — Aldrich-Vorlin begreift gegenüber der Opposition, daß die revolutionären Betriebsräte das geeignete Instrument zur Durchführung der Kämpfe seien. Die in einzelnen Orten gebildeten Kartelle zur Gründung des graphischen Industrieverbandes auf der Grundlage des Rätesystems seien Nebenergebnisse, die auf keinen Fall gebildet werden dürfen. (Beifall.)

Am Schluß der Nachmittagsitzung werden noch eine Anzahl Kommissionen gewählt zur Beratung der eingebrachten Anträge.

11. Bundestag des internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten.

Eisenach, 20. Juni 1920.

In dem alleherwürdigen, schönen thüringischen Städtchen Eisenach wurde am heutigen Sonntag der 2. Bundestag, welcher vom 20. bis 22. Juni hier tagt, durch den Vorsitzenden Tiedt eröffnet. Nach Konstituierung desselben führte Genosse Tiedt kurz folgendes aus: Als man im vorigen Jahre in Jalta aus Moskau zum 1. Bundestag auseinanderging, ahnte man nicht, daß man schon nach ein Monaten wieder zusammenzutreten müsse. Unsere heutige idyllische Zeit erfordert eine häufigere Stellungnahme zu den sich verändernden Fragen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen. Sie sind heute teilweise zum Spielball bei der Liquidierung des Krieges geworden, und nicht ist es für alle Opfer desselben in ausreichender Weise zu tun, aber nicht nur für die Kriegsopfer allein, sondern für alle durch die Unruhen seit der Revolution sich ergebenden Opfer. Durch Geben von den Pflichten ehere der Bundestag die im letzten Jahre verstorbenen Mitglieder. — Hierauf begrüßte Genosse Tiedt den Vertreter des Reichsarbeitsamtes Dr. Reichensmeyer, den Genossen Dr. Hoff als Vertreter des Zentralkomitees der U.S.B.D., die Vertreter der Provinzial-Fürsorgestellen von Bremen und Brandenburg, zwei Vertreter der Bruderorganisation vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten, sowie den Reichstagsabgeordneten Genossen Verhele von der U.S.B.D., der als Mitglied und Funktionär im Internationalen Bund kein Unbekannter ist und nunmehr mit Wärme und hoffentlich vollem Erfolg die Interessen aller Kriegskörper im neuen Reichstag mit vertreten wird. — Während die Debatten, wenn auch temperamentvoll, in höchstlichem Geiste mit arbeitwilligem Eifer gehalten sein. Hierauf wurden die eingelassenen zahlreichen Telegramme und Schreiben dem Bundestag vorgelesen. Dr. Reichensmeyer betonte die rege Anteilnahme des Reichsarbeitsministeriums am Bundestag und hofft eine reiche Fülle von Anregungen mitzunehmen; denn es besteht der Wunsch, daß die Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge usw. auch vom Reichsarbeitsministerium in Zukunft zur Zuständigkeit aller Beteiligten geregelt werden möge. Dr. Hoff gab bekannt, daß die U.S.B.D. in enger Fühlung als bisher mit dem I.B. treten müsse und um Ueberzeugung zweifelnden Parlamenten ersucht, damit auch die Partei mit allen Mitteln für die Interessen der Kriegskörper sorgen könne. Wir müssen zwar, daß nicht im Parlament allein die

Strieg-Beschäftigtenfrage gelöst werden könne, sondern die Kriegsopfer selbst müssten in Massenaktion mit dem ganzen revolutionären sozialistischen Proletariat sich dem Ansoverium entgegenstellen und hofft auf die Mitwirkung der kommunistischen Brudervereine. (Großer Beifall.) Der Vertreter des Reichsbundes wünscht ebenfalls gute Ergebnisse des Bundeskongresses für die Kriegsopfer und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es nicht in der ferneren Zukunft gelingen möge, alle Organisationen der Kriegsopfer zu einer mächtigen Einheit zu vereinen.

Ans der Partei. Warnung.

Unsere Parteibureaus werden noch immer überlaufen von sogenannten Ruhr-Flüchtlingsen, die zum Teil reich mit Ausweisen versehen sind. Bei näherer Prüfung hat sich wiederholt ergeben, daß es sich um Schwindler handelt, die sich diese Ausweise auf irgend eine Weise verschafft oder auch direkt gefälscht haben. Vor solchen Leuten sei auf das nachdrücklichste gewarnt. Sie gehen nur darauf aus, die Parteikassen zu schürfen und haben weder mit der Partei noch mit den Arbeitsschleppern gegen den Kapp-Putsch etwas zu tun. Es wird sich empfehlen, nur an solche Unterstützung zu zahlen, die persönliche Empfehlungen von bekannten Parteigenossen vorzuweisen haben. Besonders sei gewarnt vor einem angeblich entlaufenen russischen Gefangenen Gorbunowitsch, der auch Papiere auf den Namen Sonowsky aufweist; er hat Genossen in Kassel um 1400 M. und Kleider betrogen. Der Mann gibt sich als guter Kenner unserer Parteiverhältnisse aus. Er spricht ausgeprägt Jiddisch.

Bewerkschaftliches.

Die schlechte Entlohnung der Rechtsanwaltsangestellten.

Wohl in keinem Berufsstande dürfte die Entlohnung der Angestellten als so miserabel angesehen werden können, als dies bei den Angestellten der Rechtsanwaltschaft in Groß-Berlin der Fall ist. So erhalten z. B. Bedienstete im ersten Bezirke 70 M. im zweiten 95 M., im dritten 120 M. Angestellte, die mit Kanzleiarbeiten und dergl. beschäftigt werden, bezügen von monatlich 220 M. und schließlich noch 200 M. im vierten Bezirke. Damit verhalten sich die Gehälter der Angestellten der Rechtsanwaltschaft zu den Gehältern der Angestellten der Industrie und des Handels wie 1:2 bis 1:3. In der Industrie und im Handel sind die Gehälter der Angestellten im allgemeinen um 50 bis 60 Prozent höher als bei den Rechtsanwaltsangestellten. In der Industrie und im Handel sind die Gehälter der Angestellten im allgemeinen um 50 bis 60 Prozent höher als bei den Rechtsanwaltsangestellten. In der Industrie und im Handel sind die Gehälter der Angestellten im allgemeinen um 50 bis 60 Prozent höher als bei den Rechtsanwaltsangestellten.

Die Angestellten haben nunmehr, um eine einigermaßen anständige Regelung ihrer Gehaltsverhältnisse zu erzielen, das Reichsarbeitsministerium angerufen und gebeten, daß dieses für eine Verbesserung der Gehaltsverhältnisse der Angestellten eintreten sollte. Am 18. d. M. hat nun ein Vor dem Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Geh. Reg. Rats Bluff als unparteiischem Vorsitzenden eine Schlichtungskommission eingesetzt, welche über diese Angelegenheit verhandelt hat. Trotz stundenlangem Verhandeln ist es nicht gelungen, zu einer Einigung zu kommen, und es ist es nicht möglich gewesen, daß der Schlichtungsausschuß zu einem Schiedsspruch kam.

Das Richtschnurkommen eines Schiedsspruches ist aber lediglich darauf zurückzuführen gewesen, daß die Beisitzer auf der Arbeitgeberseite sich nur dazu verstehen wollten, den Angestellten auf ihre jetzigen Bezüge zunächst nur eine 10prozentige Lohnerhöhung zuzubilligen. Das wurde natürlich als unzulänglich abgelehnt. Die Beisitzer auf der Arbeitgeberseite versuchten dann die Angestellten mit einer 20 bzw. 30prozentigen Lohnerhöhung abzufassen, was aber auch mißlang. Auch ein Vorschlag des unparteiischen Vorsitzenden, der eine Erhöhung der Gehälter um 30 Prozent vorsah, fand weder die Billigung der Arbeitgeber noch der Arbeitnehmerbeisitzer. Hierauf verkündete der Vorsitzende als Ergebnis der Beratung des Schlichtungsausschusses, daß ein Schiedsspruch nicht zustande gekommen sei und daß es daher bei den jetzigen Gehältern verbleiben müsse, obwohl ausdrücklich festgestellt worden sei, daß eine wesentliche Verteuerung der wirtschaftlichen Bedarfsgegenstände eingetreten sei, welche eine Gehaltsaufbesserung der Angestellten notwendig erscheinen läßt.

Die Anwaltsangestellten sollen nun also mit ihren jetzigen Hungerlöhnen weiter abseufzen werden, trotzdem die Rechtsanwaltschaft eine Erhöhung ihrer Gehälter von 100 bis 200 Prozent durchgesetzt haben und trotzdem sie noch zu den geringsten Gehältern von ihren Auftraggebern einen Teuerungszulagenausgleich von 20 Prozent zu diesen Gehältern und in einem erheblichen Teil von Prozessen auch noch Extrahonorare sich zahlen lassen, mit der Begründung, daß ihre Unkosten, insbesondere die Gehälter ihrer Angestellten (!) in solch erheblichem Maße anstiegen seien, daß sie nicht in der Lage wären, mit den gesetzlichen Gehältern ein handelsgemäßes Dasein zu führen.

Au den Angestellten der Rechtsanwaltschaft und Notare wird es nun liegen, sich endlich aufzurufen und zu zeigen, daß sie nicht länger gewillt sind, zu solchen menschenunwürdigen Gehältern sich anzunutzen zu lassen.

Wie die Handwerkskammer Berlin ihre Angestellten entloht.

Seit Januar d. J. kämpfen die Angestellten der Handwerkskammer einen Verdingungskampf um die Besserstellung ihrer Verdingungsverhältnisse. Nachdem ihnen im Dezember d. J. eine Aufbesserung gegeben wurde, lehnte der Vorstand der Handwerkskammer, vertreten durch seinen Präsidenten, Tischlermeister Carl Kahardt, mit nachlässigen Begründungen jede weitere Aufbesserung sowie eine Entlohnungsumlage resp. Teuerungszulage für die Monate Januar, Februar und März 1920 ab, trotz der heute noch noch obiger Aufbesserung Geltung habenden äußerst geringen Gehälter von 160 bis 540 M. monatlich (Stundenlohn von 0,80 bis 2,70 M.), welche nur bei fünf Angestellten ein wenig höher sind und zwar 688—608 M. (Stundenlohn 2,01—3,23 M.). In ihrer Not wandten sich die Angestellten an den Schlichtungsausschuß. Am 5. Juni d. J. faßte dieser den Beschluß, daß die Parteien binnen drei Tagen über die Verdingungsverhältnisse auf Grund des Reichsarbeitsgesetzes zu verhandeln hätten. Diesem Beschluß kam der Vorstand nicht nach, sondern arbeitete ohne Rücksicht auf den Schlichtungsausschuß auf Grund des Reichsarbeitsgesetzes eine Gehaltsliste auf Grund des Verdingungsstatutes aus, welche jedoch in willkürlicher Weise die Gehälter normierte. Außerdem versuchte der Präsident Carl Kahardt unter Ausschluß und Diskreditierung des Schlichtungsausschusses den Angestellten keine Gehaltsliste mündlich zu machen. Die Angestellten lehnten diesen Versuch jedoch ab.

Am 17. Juni d. J. wurde erneut vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt und der Vorstand verurteilt, den obengenannten Reichsarbeitsgesetz in Anwendung zu bringen. Durch seinen hiesigen anwesenden Vertreter, Büroassistenten Schulz, ließ der Vorstand jedoch schon vor dem Schlichtungsausschuß erklären, daß er garnicht daran denkt, den Reichsarbeitsgesetz in Anwendung zu bringen.

Einem Vorschlag auf die nun zu ergebenden Gehälter an die Angestellten auszugeben, wurde von dem Kassierherrn, Schneidermeister Gustav Braune, ebenfalls abgelehnt, während der

Beamtin, darunter einigen mit einem Einkommen bis zu 27 500 Mark jährlich, ein Vorkauf in Höhe von 1600 Mark getahlt wurde.

Die Angestellten haben sich an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg gewandt und hoffen, daß dieser den Herren Handwerksmeistern klar machen wird, daß sie den Angestellten der Handwerkskammer ebenfalls die tarifmäßigen Gehälter zu zahlen verpflichtet sind.

Lohnbewegung im Tiefbaugewerbe Groß-Berlins.

Im Tiefbaugewerbe Groß-Berlins spielen sich zur Zeit eigentümliche Dinge ab. Nachdem am 1. April in Hannover zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen eine Tarifverlängerung bis zum 29. Mai vereinbart war, sollte der neue Tarifvertrag bis spätestens zum Ablauf des alten Vertrages, also bis 29. Mai, erledigt sein. Nachdem von den Arbeitnehmerorganisationen wiederholt Verhandlungen beantragt waren, fand endlich am Sonnabend, den 19. Juni, eine Besprechung statt. Die Unternehmer erklärten, daß in der jetzigen Zeit an eine Lohn-erhöhung überhaupt nicht zu denken sei, jede weitere Verhandlung darüber sei gescheitert.

Die beteiligten Organisationen haben nun, bevor zum letzten gegreiffen werden soll, sich an das Arbeitsministerium um Vermittlung gewandt. Wir ersuchen daher unsere Kollegen, am Donnerstag oder Freitag die Versammlungsangelegenheiten aufmerksam zu verfolgen.

Deutscher Bauarbeiterverband, Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Verbandsrat der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen.

Wohl selten in einem Verbandsrat ist der Verbandsrat mit so großer Spannung erwartet worden, wie die am 12. Juli in Frankfurt a. M. beginnende Generalversammlung der graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Gilt es doch diesmal entscheidende Stellung zu nehmen zu der Frage eines Reichstarifs zum graphischen Industrieverband und zur Politik des Verbandsvorstandes. Weit über die Grenzen unseres Verbandes hinaus hat diese Politik und die damit verbundene Rechtsnachfrage der Mitglieder Aufsehen erregt. Um nun auf dem Verbandsrat als geschlossene Opposition aufzutreten zu können, fordern wir alle Delegierten, die sich der Opposition anschließen wollen, auf, umgehend ihre Adresse an Kollegen Otto Heller, Berlin N.O. 55, Danziger Straße 45, zu senden. Kolleginnen und Kollegen, laßt diesen Aufruf nicht unbeachtet! Es handelt sich nicht um Parteifortschritt, sondern es gilt, den Kampf um die Demokratie und um die Rechte der Mitglieder im Verbandsrat zu führen.

Propagandakommission der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter-schaft zur Förderung des graphischen Industrieverbandes.

Achtung! Beitragschwinder!

In letzter Zeit wird von unehrlichen Personen versucht, Beiträge für den Deutschen Eisenbahner-Verband zu kassieren. Die Betroffenen erscheinen in der Wohnung der Kollegen und suchen bei deren Angehörigen unter falschen Angaben Beiträge einzuschieben.

Wir machen bekannt, daß bei dem Deutschen Eisenbahner-Verband die Hauskassierung nicht eingeführt ist und die Erhebung der Beiträge lediglich in Zahlstellen und bei den Unterlassierten erfolgt.

Wir warnen nachdrücklich vor solchen Schwindlern und ersuchen, vorkommendenfalls dieselben feststellen zu lassen.

Deutscher Eisenbahner-Verband, Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Groß-Berlin.

Die Festschließung von Höchstmieten.

Nach den Bestimmungen der Höchstmietenverordnung soll das Mietnennungsamt in den Fällen, wo der Vermieter den Woywidtsch anzuwenden nicht in der Lage ist, den für den 1. Juli 1914 ermittelten Mietpreis anzuwenden. Diese Vorschrift hat den Zweck, unnötige Härten zu vermeiden. Wenn nun, so verkündet das Ministerium für Volkswirtschaft, nach wachsenden Bedingen von den Hausbesitzerorganisationen jetzt vielfach der Versuch gemacht wird, auf Grund dieses Paragraphen eine allgemeine Deckerfassung des Mietzinses vom 1. Juli 1914 zu erreichen, so ist darauf hinzuwirken, daß die Anwendung dieser Vorschrift eine Ausnahme bleiben soll. Eine allgemeine Anwendung würde nicht nur gegen den Sinn und Wortlaut der Verordnung verstoßen, sondern auch eine Unklarheit über die tatsächliche Höhe der Mietzinsänderung herbeiführen, die aus volkswirtschaftlichen Gründen unbedingt vermieden werden muß. Eine Deckerfassung des Mietzinses vom 1. Juli 1914 soll nur dann erfolgen, wenn der Mietzins erhöht wird, daß der für den 1. Juli 1914 ermittelte Mietpreis außerordentlich niedrig war. Auch muß betont werden, daß in den Entscheidungsfällen des Mietnennungsamtes das Vorliegen eines außerordentlich niedrigen Mietzinses ab 1. Juli 1914 näher erläutert wird.

Aufhebung des Ruchenbaderbotes.

Eine Korrespondenz teilt mit: In der vor einer Woche stattgefundenen Versammlung der Groß-Berliner Wäldermeister wurde eine Kommission gewählt, welche sich mit dem Berliner Magistrat in Verbindung setzen sollte, um die Aufhebung des Ruchenbaderbotes für die Wälder durchzusetzen. Gleichzeitig war beschlossen worden, daß die Wälder, falls der Magistrat noch wie vor einen ablehnenden Standpunkt einnimmt, eine Demonstration der Wäldermeister vor dem Rathaus stattfinden sollte.

In diesem energischen Prozeß kam es jedoch nicht, da der Vorsitzende der Verhandlungskommission, Obermeister Gräffler, der Versammlung mitteilen konnte, daß der Magistrat zu der Erkenntnis gekommen sei, daß den betroffenen Wäldern Recht sein müsse, was Gehör und Respekt verdient. Der Magistrat hat nunmehr die Ruchenbaderbader freigegeben, allerdings von den Wäldern verlangt, daß sie nicht rationiertes Weizen, Roggen oder Gerstemehl verwenden, sondern sich im freien Handel erhaltenden Mehl bedienen. Die Versammlung nahm von dem Magistratsbescheid mit Befriedigung Kenntnis und vertagte die Demonstration bis auf weiteres.

Wenn der Magistrat gegögert hat, das Ruchenbaderbot für die Wälder aufzuheben, hat er dafür seine guten Gründe gehabt. Diese bestanden darin, daß verschiedene Wäldermeister sich zur Zeit, als das Ruchenbaderbot noch nicht bestand, das zum Brotbacken bestimmte Zusatzmehl zum Ruchenbaden verwendeten, wodurch das Brot bei ihnen an Qualität verlor. Sollte dieser Mißbrauch wieder getrieben werden, wird ein neues Ruchenbaderbot nicht zu umgehen sein.

Arztliche Schikanen.

Auf der Berliner Gewerkschaftskommission schreibt man uns: Zu einem in nächsten Monat stattfindenden Transport von kriegsbeschädigten Kindern nach Schweden bedarf es eines Attestes des Schularztes. Hierbei werden den Eltern der Kinder von seiten der Ärzte unnötige Schwierigkeiten bereitet. Von den schwedischen Gewerkschaften ist die Bedingung der gewerkschaftlichen Organisationszugehörigkeit der Eltern gemacht worden, und die Zusammenstellung des Transports dem Allgemeinen

Deutscher Gewerkschaftsbund resp. der Gewerkschaftskommission in Verbindung mit dem Volkshilfsamt übertragen. Bei Ausstellung der Atteste scheinen sich nun verschiedene Geräte mehr oder weniger politischen als vom sozialen Standpunkt aus leiten zu lassen. So gehen uns insbesondere über den Schularzt Dr. Müller, Grüner Weg 17, mehrere Beschwerden zu. Wir hoffen, daß die Veröffentlichung dieser Notiz genügt, um die unnötigen Hindernisse zu beseitigen.

Achtung! Schweizer Kindertransport! Am Mittwoch mittag treffen sich die Kinder von 1—100 (Rot und Grün) um 11 1/2 Uhr, Königsgraben Straße 106, im Hof; die zweite Hälfte von 101 bis 200 (Blau und Gelb) um 3 Uhr am Mittwoch, daselbst. Der Zug geht vom Anhalter Bahnhof, und haben die Eltern sich genau nach den Vorschriften der Ordner zu richten.

Das Schiedsgericht für die Groß-Berliner Beamtenorganisationen trat am Montag vormittag zum ersten Male im Berliner Rathaus zusammen. Den Vorsitz führte Oberbürgermeister a. D. Roelcke-Brand. Es wurde in Sachen der Teuerungszulage für die Groß-Berliner Gemeindebeamten ein Schiedsspruch gefällt, der den Beamten seit der schon bewilligten 2000 M. 2400 M. gewährt in den Gemeinden, die diese 2400 M. noch nicht bewilligt haben. Ferner sollen die jetzigen Beamten statt 1500 M. nunmehr 1600 M. erhalten, die, welche Naturalverpflegung, statt 1000 M. nun 1200 M. Außerdem wurde auf Antrag entschieden, daß als sogenannte Brot- und Kartoffelzulage 400 M. gegeben werden sollen für je Teuerungszulage von 1150 Mark für das erste Quartal 1920.

Auf der Vorstraße nach Strausberg wird von sofort ab mit Rücksicht auf den außerordentlich gesteigerten Verkehr an den Werktagen in den Vormittagsstunden noch ein neues Zugpaar eingeführt. Der eine der Züge fährt vom Schleifischen Bahnhof um 9,30 Uhr nach Strausberg (an 10,17 Uhr vorm. in Strausberg), während der andere Zug um 12,05 Uhr von Strausberg abfährt und um 12,55 Uhr mittags in Berlin eintrifft. — Gleichzeitig wird auch der Verkehr auf der Anhalterstraße-Fredersdorf-Waldersdorf dahin verbessert, daß der ab Schleifischen Bahnhof 8,36 Uhr vormittags um 9,15 Uhr Anhalter in Fredersdorf nach Waldersdorf fährt.

Abstimmungsberedigte Westpreußen von Lichtenberg! Die Verteilung der Wahlweise wie der Fahrweise erfolgt Mittwoch von 9—6 Uhr bei Georg Schulz, Marienberger Str. 11, Hof part. (Montor). Ebenfalls: Auskunft über sämtliche Angelegenheiten.

Abstimmung in Ostpreußen. Die Ausgabe der Fahrweise für Berlin erfolgt in der Geschäftsstelle des Bundes Heimatreuer Ostpreußen, Hallesches Ufer 24 Geschäftszeit: 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags, Sonntags von 9—1 Uhr. Ausgabe für Kurland bei Herrn Heinrich, Restaurant Hammer, Kaiser-Friedrichstraße 88/30; Ausgabe für Westpreußen bei Herrn Lehrer Gröndt, Partstr. 22; Ausgabe für Lichtenberg bei Herrn Lehrer Böcker, Müggelstr. 30; Ausgabe für Lichtenberg bei Herrn Schüler, Margaretenstr. 9. Es werden die Fahrweise jedoch erst dann ausgestellt, wenn der Wahlweise vorgelegt wird. Die Abstimmungsberedigten werden ersucht, schon jetzt bei den genannten Stellen anzugeben zu wollen, wenn sie die Reise antreten. Eine vorherige Anmeldung ist unbedingt nötig, da die Zahl der Plätze in den Sonderzügen sehr beschränkt ist. In der Zeit vom 30. Juni bis 8. Juli werden die Abstimmungsberedigten mit Sonderzügen befördert. Für die Fahrt nach Ostpreußen kommen 1. der Seezug, 2. der Landweg durch den polnischen Korridor, 3. der Luftweg in Betracht.

Cybernilität. Für die politischen Gefangenen ist von dem Personal der Konjunkturforschung in Lichtenberg für die Zeit vom 1. 4. bis 1. 7. 1920 wieder eine größere Geldsumme — 37 050,00 M. — angesetzt und dem Unterhaltungskomitee der Arbeiterkammer Groß-Berlin überwiesen worden. Seit dem 1. 3. 18 sind von dem genannten Personal nicht weniger als 115 296,73 M. für denselben Zweck gesammelt worden. Diese Opferwilligkeit verdient volle Anerkennung.

Das nächste Städtische Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Richard Vogel findet am heutigen Dienstag in der Philharmonie, Bernburger Str. 2/3, statt, Beginn 8 Uhr.

Das 7. Städtische Volkskonzert des Blüthner-Orchesters findet am Donnerstag, den 24. Juni, abends 7 1/2 Uhr, in der Brauerei Köpenick unter Leitung von Paul Scheinflug statt. Karten sind zu haben in der „Freiheit“, Breitestraße, und an der Abendkasse.

Reisen in Kurland. Die großen Ferien stehen vor der Tür. Zehntausenden von Kindern steht in diesem Jahre angesichts der hohen Eisenbahnfahrpreise die Möglichkeit, aufs Land hinaus zu fahren, um dort Erholung zu finden. Die städtischen Körperkassen Kurlands haben aus diesem Grunde beschlossene, die im vergangenen Sommer so erfolgreich durchgeführten Ferienkassen auch in diesem Jahre zu veranstalten und hoffen, daß die Beteiligung noch größer als im Vorjahre sein wird. Die Spiele beginnen am Montag, den 5. Juli, und enden sich auf die Dauer von fünf Wochen. Als Plätze kommen der ca. 140 Morgen große Platz in der Königsheide und die Abtei-Insel in Betracht. Die Beteiligung an den Ferienkassen in der Königsheide steht allen Kurländer Schülern frei, für die Abtei erfolgt die Auswahl durch die Schullehrerinnen. Die Kinder versammeln sich morgens 7 Uhr auf folgenden Sammelplätzen: A. Schulhaus Donaustr. 120—125, B. Geyersbergstr. C. Albrecht-Dürer-Oberrealschule, Emsler Straße. D. Realschule Köpenickerstraße. E. Wartestraße. F. Hermannstraße. G. Schulhaus, Eberstraße. Für die Abtei ist Sammelplatz Kaiser-Friedrich-Straße, Ecke Willenbruchstraße.

Die Kinder werden mit Sonderzügen bis Bahnhof Köpenickthal und mit der Straßenbahn bis Reptow befördert. Als Verpflegung wird reichliches Mittagessen und nachmittags Kaffee mit Schrippen gewährt. Als Beitrag zu den Unkosten sind höchstens 4 M. und für jedes weitere Kind einer Familie 2 M. zu zahlen. Wochenkarten zu dem angegebenen Preise sind in den Schulen sowie im Rathaus, Jugendamt, Alt. Jugendpflege, Zimmer 223 zu haben. Die Karten für Geschwister werden nur zusammenhängend in einer Schule ausgeben. Es empfiehlt sich, Karten für alle fünf Wochen gleichzeitig zu entnehmen. Anträge auf Freikarten können im Rathaus, Zimmer Nr. 223, gestellt werden.

Eingahlung der 50 Prozent Gemeindevollstreckung in Kurland. Der Kurländer Magistrat wird in den nächsten Tagen mit der Zustellung der Benachrichtigungen über die von den städtischen Körperkassen nachträglich für das Steuerjahr 1919/20 beschlossenen erhöhten Gemeindevollstreckung von 50 Prozent beginnen. Zur glatteren Bewältigung des Eingahlungsgeschäfts werden die Steuerzahler ersucht, nach Möglichkeit schon jetzt die Zahlung dieses Zuschlages bei den bisherigen Steuerzahlfeldern unter Vorlage der alten Steuerkarten zu bewirken, anderenfalls aber für rechtzeitige Vereinfachung eines entsprechenden Betrages Sorge zu tragen.

Lebensmittellisten.

Tempelhof, Kartoffeln können ohne Abgabe der Abchnitte der Kartoffelkarte freihändig abgeholt werden, 42, 29, 30 Gr. Butter, 70 Gr. Margarine, 75 Gr. Kaffeebohnen und 80 Gr. Hafer, 100 Gr. 250 Gr. Haferkörner für Kinder (M 7 und 27, Serie VII bis XI); 500 Gr. Kermesskörner (22), Anmahlung; 250 Gr. Teigwaren (21).
Friedrichshagen, 250 Gr. Haferkörner (20 und 21).
Johannisthal, 250 Gr. 100 Gr. Kaffeebohnen (60), 125 Gr. Teigwaren (22), 125 Gr. Gruppen (3), 100 Gr. Haferkörner (24).
Hennigsdorf, Dienstag auf Lebensmittelliste M 2 in allen Geschäften; 1 Pf. Schnittkäse, Käsemasse über Gruppen.

Aus den Organisationen.

1. **Distrikt.** Mittwoch und Donnerstag finden im Distrikt öffentliche Versammlungen mit dem Thema "Warum beteiligt sich die U.S.P. nicht an der Regierung?" statt. Dazu findet Dienstag 6 Uhr von den Bezirkskollegen aus Handwerkerabteilung statt. Abteilungsleiter holen am Dienstag nachmittag die Handzettel bei Sinner ab.
2. **Distrikt.** Mittwoch 7 Uhr in allen Abteilungen gemeinsame Besprechungen, in welchen Stellung zur Verbandsgeneralfammlung genommen wird. Auch werden in den Abteilungsversammlungen die Beschlüsse der Delegierten für Groß-Berlin gemacht.
11. **Distrikt.** Die Handzettel zu den Versammlungen sind für die 1. und 2. Abteilung bei Sen. Jock. Weststr. 1, für die 4., 5., 6., 7. und 8. Abteilung bei Sen. Korf, Elisabethenstr. 16, heute abend um 5 Uhr abzuholen.
11. **Distrikt.** Dienstag 7 Uhr öffentliche Besprechungen in der Schulstraße 60, 61 und Auguststr. 67. Thema: "Warum stellen wir nicht in die Regierung ein?" Referenten: Crispin, Heiler, Fritz Schneider, Rosenbergl.
15. **Distrikt.** Mittwoch 7 1/2 Uhr Sitzung der kommunalen Kommission bei Braum, Wilhelmshavenstr. 24.
16. **Distrikt.** Dienstag 7 Uhr Vorstandssitzung bei Varleben. Die Bezirksleiter werden ersucht, umgehend die Listen einzureichen.
18. **Distrikt.** Dienstag 7 Uhr in der Aula Grünhalders Straße 5 Bezirksleiterbesprechung. Tagesordnung: "Wie stellt sich die U.S.P. zum Eintritt in die Regierung?"
Charlottenburg. Heute, Dienstag 22. Juni, 7 Uhr, Sitzung der Zeitungskommission bei Berner, Weststr. 96.
Schöneberg. Die Bezirksleiter treffen sich Dienstag 8 Uhr in der Spedition betreffs Feststellung der Wohnproteste. — Die Frauen- und Kinderbuchkommission tagt Mittwoch 7 1/2 Uhr bei Wählmann, Feuerstraße 60. — Die Wohnungen für die Ferienkolonie werden die Mittwoch entgegengenommen bei allen Bezirksleitern und in der Spedition, Goltzstr. 40.
Neukölln. Mittwoch 7 Uhr Sitzung des engeren Vorstandes im Parteibüreau.
Steglitz. Dienstag 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Gymnasium in der Herfstraße.
Niederschlesien-Nord. Die nächste Sitzung der Bildungskommission findet am 23. Juni, abends 8 Uhr, in Pankow, Flora, Ecke Gollardstraße, bei Tändler statt. Tagesordnung: 1. Das projektierte Theater für die nördlichen Bezirke. 2. Das projektierte Museum für die nördlichen Bezirke.

Pankow. Kommunale Kommission. Mittwoch 7 Uhr Sitzung bei Gollardstr. 24. Vortrag des Genossen Altner über "Bürgergenossenschaft". Die Gemeindevorsteher werden hiermit eingeladen. — Bildungskommission. Mittwoch 7 Uhr Sitzung bei Teuber, Flora, Ecke Gollardstraße. Wichtige Tagesordnung.
Elternbeiräte. Dienstag 7 Uhr Schulbeiräte-Konferenz bei Großmann, Weberstr. 24. Jede Schule muß vertreten sein.
Arbeiterbildungsschule, Abteilung Elternbeiräte. Dienstag 8 Uhr Konferenz der Obleute, Stellvertreter und sonst interessierter Elternbeiräte in der Aula des Köllnischen Gymnasiums, Inselstraße. Tagesordnung: 1. Der Besinnungsunterricht in der Schule. 2. Praktische Arbeit.

Bereinskalender.

Arbeiter-Samariter-Kolonnen Berlin, e. V. Mittwoch, 23. Juni, 7 Uhr, Generalfammlung in der Aula des Gymnasiums zum Grauen Kloster, Klosterstraße.
Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am Dienstag: Fachgruppe 13e (Verbandsgelasse) 7 1/2 Uhr in den Pflaumenblättern, Kaiser-Wilhelm-Straße 51. — Fachgruppe 17 (Butter) 8 Uhr öffentliche Versammlung in den Pflaumenblättern, Blumenstr. 10. — Versammlungen am Mittwoch: Fachgruppe 4d (Krankenkassen) 4 Uhr Besprechungen der Geschäftsführer, Joststr. 10. — Abteilungsleiter der Groß-Berliner Krankenkassen im Restaurant "Zum Kalmbacher", Friedrichsgracht 50.
Band der technischen Angestellten und Beamten. Donnerstag 7 1/2 Uhr Fachgruppenversammlung der privaten Bechschraute-nachmungen im Nationalhof, Dillowstr. 37. — Mittwoch 7 Uhr Versammlung der Angestellten der Behörden in Haverlands Hofstr. 40, Neue Friedrichstr. 35.
Die Gasleitungsangestellten von Groß-Berlin haben am Donnerstag, 24. Juni, vom 10 Uhr, im Café Stern, Oantienburger Tor, eine große öffentliche Versammlung, in der Genosse Dr. Julius Wolf über "U.S.P. und Regierungsbildung" sprechen wird.
Deutscher Transportarbeiter-Verband, Sektion 5. Obleute, Betriebsleiter, Betriebsräte und Generalführungs-Delegierte! Donnerstag 5 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 14/15 (Saal 1), sehr wichtige Konferenz für alle oben genannten Funktionäre.
Vader, Roger, Transportarbeiter der Groß-Berliner Eisenbahn. Dienstag 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 14/15 (Saal 5) Sachverhaltung über die Verhandlungen zum Lohnstarif.

Verband der Jabelarbeiter, Seifenarbeiter. Mittwoch 7 1/2 Uhr außerordentliche Branchengeneralfammlung in der Aula der 123. Gemeindefschule, Annenstr. 1b. Mitgliedsbuch festgestellt.
Rußlandinstrumentenarbeiter. Mittwoch 6 1/2 Uhr Branchengeneralfammlung in den Andreas-Jesuiten, Andreaskstr. 21.
Angestellte der Glasbranche. Dienstag 6 Uhr Versammlung im Alexanderiner Hof, Alexanderinenstr. 37a.
Soz. Profetierjugend Groß-Berlin. Mittwoch 7 Uhr wichtige Zentraloberbesprechung im Jugendheim, Königsberger Straße 7.
Internationaler Bund der Kriegsspieler, Ortsgruppe Lichtenberg. Donnerstag 7 Uhr Mitgliederversammlung im Cäcilien-Engeweg, Rathausstraße.
Arbeiter-Turner Groß-Berlins. Zur Zusammenstellung von drei Riegen am Reich, Sorgen und Pford für ein Rürtturnen zum Stadionfest findet am Donnerstag, 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in der Turnhalle Gormannstr. 4 ein Zusammenturnen aller Rieglertoren statt. Jeder Grob-Berliner Turner muß Vertreter entsenden.
Leuchter-Bereich "Die Naturfreunde", Ortsgruppe Berlin. Mittwoch, 23. Juni, 7 Uhr, Sitzung in der Aula des Sophien-Gymnasiums, Weinmeisterstr. 14/15. Stellungnahme zur Hauptversammlung.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die U.S.P.-Tage sind wieder da! Freilich, in der dem heutigen Geldwert angemessenen Form mit 10 multipliziert! Das Bärenhaus Wilhelm Stein annouciert in der von früher allbekanntem Form der U.S.P.-Tage eine lange Reihe von Krieheln zum Einheitspreis von 250 Mark. Zum alten U.S.P.-Preis ist der Erfrischungsräum zurückgekehrt, der Bohnenkaffee, Schokolade, Kakao mit Gebäck und gemischtes Eis für 95 Pf. anbietet, was für Berliner Verhältnisse sportlich ist.
Im Sommertheater Groß-Berlin, Hafenheide, findet am kommenden Mittwoch ein erfrischender Elite- und Premieren-Abend statt. Außer einem Spezialitätenstück pünktlich um 8 Uhr der große Schloget des Programms, die überaus beliebte Operette "Die Fledermaus". Die Preise der Plätze sind bedeutend ermäßigt.
Billiger Schuhverkauf. Wie werden ganz besonders auf den billigen Schuhverkauf bei der städtischen Bekleidungsstelle in Neukölln, Bergstr. 29, aufmerksam.
Berichterstatter für die Redaktion: Leo Fiederschuh, Friedmann, Berichterstatter f. d. Jnsertionsteil: Ludwig Romerlin, Karlsruher Verlagsgesellschaft "Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Städtische



Bekleidungsstelle

Neukölln

Bergstraße 29

Große Preisermäßigungen in Schuhwaren

bei der städtischen Bekleidungsstelle in Neukölln, Bergstraße 29

Damensstiefel

moderne Fassons, extra gute Robchevreau- und Rindledersorten, Mk. 106.—

Herrenstiefel

gediegene Arbeit, prima Rindbox, kurze moderne Form. Mk. 115.—

Kindersstiefel

bequeme Form, dauerhafte Qualität Mk. 44.—

Fachmännische Bedienung gewährleistet.

Warenabgabe ohne Bezugsschein an jedermann

Unentbehrlich als Nachschlagewerk über die politische Vorgänge im neuen Deutschland!

„Freiheit“

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands. Für Redaktionen, Partei- und Gewerkschaftsarchive, Bibliotheken, Lesesäle usw. unentbehrlich.

Wir haben noch eine beschränkte Anzahl gesammelter Nummern der „Freiheit“ seit ihrem ersten Erscheinen zu verkaufen, nachdem jedoch darauf aufmerksam, daß dieser Angebot nur bis zum 15. Juli 1920 Gültigkeit hat, da der Vorrat bald vergriffen sein dürfte. Der Preis für die gesammelten Nummern von Erscheinungstage, dem 15. November 1918, bis zum 31. März 1920, beträgt Mk. 50.50 zuzüglich Porto. In Quartalsbänden gebunden 4 Bände Mk. 40.00, also alle 6 Bände zum Mk. 240.00. Verlag der „Freiheit“, Berlin Schiffbauerdamm 19 III.

Spezial-Arzt Dr. Skotti für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, Nervenleiden, Ausschlag, nerv. Schwäche, Augenleiden, Salvarsan-Kuren, Blutunterstützungen. Im ersten und zweiten Kur-Institut von 9-1, 4-9, Sonnt. 9-1. Damen separat. Rosenhalders Platz.

Spezialbehandlung für Haut- und Geschlechtsleiden. C. Weissert, 1. Etage, Ecke Bergstraße. Kostenlose Untersuchung und Beratung über suchtgünstige Behandlung. Sprechstunden 10-12 und 4-6, Sonntags 10-12

Spezial-Arzt für alle Geschlechtskrankheiten. Harn-, Frauenleiden, Blutunterstützungen, Salvarsan-Kur, Behandlung schnell, sicher, ohne Berührung. Mäßige Preise. Heilanstalt Dr. med. Lommer, 10-1, 4-7, 9-12, Brunnenstr. 135 (Rosenh. Platz).

Spezial-Arzt für Haut- und alle Geschlechtsleiden, Harn- und Blutunterstützungen Dr. med. Karl Reinhardt Potsdamer Straße 117 an der Lötterstrasse Sprechstunden: 11-2, 4-10 abends, Sonntags 11-1 Uhr. Anklärende Broschüre mit Heilbeschreibung gratis. Heilverfahren im verschlossenen Kuvori geg. Einsendung von M. 2.— portofrei.

Spezial-Behandlung für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden; speziell veraltete barmückige Herneiden, Ausschlag, nerv. Schwäche, Blutunterstützung, Salvarsan-Kuren, Licht-Behandlung, Höhenkur, Bestrahlung, Gefrennto-Warzen, L. Damen u. Herren Spezial-Aerzt, gel. Heilanstalt „Löser“, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz. — 9-1, 4-6, Sonntags 9-12.

Spezial-Arzt Dr. med. Masché Friedrichstr. 90, am Stadthof, 7. Bahnhof. Haut-, Harn-, Frauenleiden. Spr.: 10-1, 5-8, Sonnt. 11-1. Kostenl. Beratung.

Wir kaufen und zahlen sehr hohe Preise für KUPFER, Blei, Zink, MESSING, Stanniol, Zinnolie, QUECKSILBER, Aluminium, Celluloid, Metallabfälle, Platin, Gold, Silber, PETERS, Preussener Str. 24, Wabstr. 3. G. ERMEL, Gebener Str. 89, DEGENER, Schöneberg, Bahstr. 46, HAASE, Skalitzer Str. 93a für Leinwand, BOELKE, Rammstr. 19.

Parabellum-Pistolen, Gewehre aller Art kaufen Frank & Co., WS, Markgrafenstr. 52. Seit über 1 Jahrhundert **Rauch-Kaffee** Invalideinstrasse 164 Eckhaus Brandenstr., Nord, 4336

Altmetalle Quecks., Stahl, Zinn etc. höchstzahlend. Metallhandel Prinzessinnenstr. 17, 1. u. 2. W. **Metallankaufsstelle Osten,** Grüner Wer 80, Zahl für alle Metalle Tagespreise für Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

Altmetalle Quecksilber, Zahngebisse kauft zu Schmelzpreisen Weidenweg 72, Hof.

Möbel billig bei kleiner An- u. Abzahlung. Kredit- u. Bar Möbel-Groß Große Frankfurter Str. 141 Invalidenstr. 5 Eingang Herfstraße.

Futterstoffe Nähgarne und Seiden kauft jeden Posten für sich Bedarf. Zahl höchste Preise. A. H. Weiß, Schneiderstr., Kastanienallee 52, Laden, Telefon: Humboldt 246.

1000 Fahrradteile 99 Mk., Schläuche 32 Mk., Regenrad, Hin-, Liebling, Siegfriedstraße 9, Kein Laden!

Botenfrauen stellt sofort ein Expedition Werner Greifswalder Straße 23

Inserate für die Abend-Freihelt müssen spätestens bis 10 Uhr vormittags, für den darauffolgenden Tag bis 4 Uhr nachm., bei der Expedition Schiffbauerdamm 19 einliefert sein

8. Distrikt, 4. Abt. Bez. 368 II.

Todesanzeige. Am Freitag, d. 18. Juni, vorm. 11⁴⁵ Uhr, verstarb unser Parteigenosse Louis Lewinsohn im Alter von 58 Jahren. Die Beerdigung findet am Dienstag, d. 22. Juni 1920, mittags 12 Uhr, vom Jüdischen Friedhof in Weidensee (Neue Halle) aus statt. Um rege Beteiligung wird gebeten. Der Distriktsvorstand.

Am 17. 6. entschlief nach schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater, des Hausmachers Theodor Klavis. Die trauernden Hinterbliebenen. Die Versicherung Mittwoch, den 23. 6., nachmittags 5 Uhr, Krematorium, Gerichtsstraße.

Ortsverein Neukölln 16. Bezirk. Am Sonntag, den 16. Juni, starb unser Genosse Friedrich Rex Schillerpromenade 25. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 23. d. Mts., nachm. 1 1/2 Uhr, auf dem Gemarkungsfriedhof, Marienburger Weg, statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Von der Reise zurück Dr. Julian Nathaniul.

200 Paar Damenhalbschuhe keine Pappebacken, sondern in Ober- und Unterleder, gibt im einzelnen unter Fabrikpreisen ab Schuhfabrik Marienburger Str. 24. Verkauf von 3 Tr. Würzburg. **Tilsiter Straße 81** kauft Kupfer zu 750, Messing 375 wie auch Rotguld, Blei, Zink, bis Freitag.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder verstorben sind: Der Schlosser Felix Gerth, Tegel, Treckowstr. 21, am 17. d. M. Die Einäscherung findet am Dienstag, den 22. 6. 20, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium, Gerichtsstraße statt. Der Maschinenarbeiter Friedrich Dannenberg, Lichtenberg, Weiser Str. 8, am 18. d. M. Die Einäscherung am Mittwoch, den 23. 6. 20, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Alten Kirchhofes in Lichtenberg, Am Wagner Platz, aus statt. Der Einrichter Paul Lüdke, Berlin, Weberstr. 50, am 20. d. M. Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 23. 6. 20, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Markuskirchhofes in Wilhelmberg aus statt. Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf. Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Arbeiterin Maria Hauptstück, Charlottenberg, Göthestr. 58, am 24. Mai gestorben ist. Ehre ihrem Andenken! Die Ortsverwaltung.

Am Sonnabend, den 19. Juni 1920, mittags 1 1/2 Uhr, entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, herzensguter Vater und Großvater, der Gewerkschaftssekretär Fritz Wappler im 62. Lebensjahre. In tiefer Trauer: Auguste Wappler, geb. Jens, Ww. Marta Radicke, geb. Wappler und Enkelkinder. Neukölln, Birknerstraße 24a. Die Einäscherung findet Donnerstag, 24. Juni, 3 1/2 Uhr, im Krematorium, Baumgartenweg, Kirchhofstraße, statt.

Abessiner-Pumpen für Laubkolonisten zum Selbstausstellen. Filterzange, Gartenspritzpumpen, Schläuche. Billigste Bezugsquelle. Gebr. Pumpen-Kobbe erhebt, Billiger Robert Brien, Farnstraße, Berlin, Inselstr. 2, Min. vom Schloß, Dtl. entzengt.

Gebisse Zahn G.-M. — 75.- M. Platinabfälle Kupfer, Messing, Blei, Zink zahlr. die höchsten Tagespreise Centrale für Altmetail Eisenstr. 54, 25, E. Jckert.